Heft Nummer 81
21. Jahrgang
Einzelpreis 5,-

Mehr Demokratie e.V.

1/09
Jan. - März 2009

mehr demokratie

Zeitschrift für Direkte Demokratie

Hamburg feiert!

Volksbegehren faires Wahlrecht gewonnen!

Inhalt

Ziele

4 Bundeskampagne
5 Aufruf

Bundesländer

6 Frieren, Zittern und Durchhalten
8 Telegramm aus den Landesverbänden

Aktuell

9 Finanzkrise und Demokratie

OMNIBUS für Direkte Demokratie

10 Demokratie in Bewegung

Europa

12 Athen - Die Scherben der Demokratie
16 Ein vielversprechender Anfang...
18 *mehr demokratie!* für Österreich

Gastbeitrag

20 Mehr Debatte wagen

MD Intern

22 Diskussion kommunales Ausländerwahlrecht
25 Diskussion Wahlaltersenkung
28 Berlin! Berlin! Wir fahren nach Berlin!
29 Einladung Bundesmitgliederversammlung
30 Ankündigung Jahrestagung

6 Hamburg: Volksbegehren gewonnen!

12 Athen - Scherben der Demokratie

Liebe Leserinnen und Leser,

In diesem Jahr hat Deutschland allen Grund, zu feiern. *20 Jahre Mauerfall* und *60 Jahre Grundgesetz*. Diese beiden Jubiläen rufen zwei der größten Momente unserer Geschichte in Erinnerung: Den demokratischen Neubeginn nach dem Krieg und den Mut von Bürgern, das SED-Regime zu überwinden.

Beide Male war es ein Aufbruch nach Unterdrückung, Überwachung, Totalitarismus und Diktatur. Beide Male war das Ziel, an die Stelle selbstangemaßter Machtausübung von oben nach unten eine auf die Freiheit, Gleichheit und Souveränität der Bürger gegründete Demokratie, ein von unten nach oben funktionierendes Gemeinwesen, zu setzen. *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!“* und *„Wir sind das Volk“* waren die beiden Kernsätze dieses vielversprechenden Neubeginns.

Viel wird gefeiert werden in diesem Jahr. Mit Fahnen und Hymne, Buchsbaum und Häppchen. Wir aber haben anderes vor. Wir werden auf den Straßen stehen und mit unseren Mitbürgern über den Zustand und die dringend notwendige Verbesserung unserer Demokratie sprechen. Wir werden die Bundestagskandidaten besuchen und fragen, ob sie sich für die Einführung des bundesweiten Volksentscheids einsetzen werden. Wir werden zu Veranstaltungen gehen und aufzeigen, was jetzt notwendig ist. Wir werden aktiv sein und den Blick nach vorne richten. Denn es reicht eben nicht, zurückzublicken und sich zu beweihräuchern. *Wir sehen im Grundgesetz und der friedlichen Revolution von 1989 nicht nur Geschichte, sondern Zukunft, nicht nur Erbe, sondern Auftrag*. Den Auftrag, sich für die Demokratie in Deutschland einzusetzen.

Denn die Enttäuschung der Bürger wächst. Die Wahlbeteiligung sinkt – und ebenso das Vertrauen in unser politisches System. *Aus dem hohen Ideal der Volkssouveränität ist die Routine einer Zuschauerdemokratie geworden*. Immer mehr Bürger wenden sich ab. Demokratie- und Politikverdrossenheit nehmen zu. Die Mitwirkung des Volkes an der politischen Willensbildung beschränkt sich darauf, alle 4 (bzw. 5 oder 6) Jahre ihre Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Umfragen unter Bürgern zum Zustand der Demokratie in Deutschland zeigen erschütternde Resultate: Volle 82 Prozent haben nicht den Eindruck, dass *„das Volk in der Demokratie etwas zu sagen“* hat. Und lediglich 5 Prozent glauben, dass das Volk durch Wahlen *„in starkem Maße die Politik mitbestimmen“* kann. Doch: Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger. Sie sind ihr wichtigstes Kapital. *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“*, heißt es im Grundgesetz. Und: *„Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“* Wo aber bleiben die Abstimmungen? Es hat auf Bundesebene noch nie eine gegeben! Es gibt noch nicht einmal eine Regelung dafür. Wo sich Demokratie aber im Wahlakt erschöpft, muss sie allmählich zur Zuschauerdemokratie verkommen.

Deshalb gilt: Wer das Grundgesetz und den Herbst 89 feiern will, muss aktiv für eine lebendige Bürgerdemokratie eintreten. Wir sind froh und dankbar für das, was damals – auch für uns – erkämpft wurde. Wir wollen aber, dass es nicht nur auf dem Papier steht, sondern unsere Wirklichkeit bestimmt. Dafür braucht die Demokratie heute, 2009, unseren Einsatz. Ich hoffe, Sie sind dabei.

Herzlichst, Ihr Gerald Häfner

Impressum

Herausgeber:
Mehr Demokratie e.V.
Jägerwirtstraße 3
81373 München
tel.: 089-821 17 74
fax: 089-821 17 76
email: info@mehr-demokratie.de

Verlag:
Demokratiebedarf e.V., Jägerwirtstraße 3, 81373 München

Redaktion:
Lynn Gogolin

Redaktionsanschrift:
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
tel.: 030-420 823 70
fax: 030-420 823 80
email:
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement:
Jährlich Euro 18,- für vier Ausgaben per annum. Für Mitglieder von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Auflage:
5.400 Exemplare

Anzeigen:
Preisliste Nr.4 vom 1.1.2002

Druck:
100% Recyclingpapier

Konto:
Mehr Demokratie,
BfS München
Kto-Nr. 8858105,
BLZ 70020500

Kleingedrucktes:
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden.

Redaktionsschluss:
Für Heft 2/2009: 30.04.2009

Bildnachweis:
Soweit nicht anders angegeben stammen alle Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Horst Seehofer für Volksentscheide

Kollektive Intelligenz in der CSU

Von Roman Huber, München und Lynn Gogolin, Berlin

Roman Huber, Geschäftsführer von Mehr Demokratie

Ohne die CDU/CSU wird es in naher Zukunft keinen bundesweiten Volksentscheid in Deutschland geben. Denn für die Verankerung des bundesweiten Volksentscheids im Grundgesetz ist eine Verfassungsänderung notwendig. Diese verlangt eine 2/3-Mehrheit im Bundestag. Und eben an dieser 2/3-Mehrheit wird die CDU/CSU aller Wahrscheinlichkeit nach beteiligt sein müssen.
Unser erklärtes Ziel für dieses Jahr ist es, den bundesweiten Volksentscheid substantiell in den Koalitionsvereinbarungen nach der Wahl zu verankern. Eine Absichtserklärung der Koalitionäre reicht uns jedenfalls nicht.
Ein Ja oder Nein zu bundesweiten Volksabstimmungen richtet sich nicht nach dem Parteibuch. Über alle Parteigrenzen hinweg gibt es Menschen, die sich für die Idee der direkten politischen Mitbestimmung von Bürgern begeistern können und offen sind für eine Ausweitung der Volksgesetzgebung. Der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer ist einer von ihnen. Er hat sich zu Volksabstimmungen im Münchner Presseclub am 19.01.2009 geäußert:

„Herr Seehofer, wie ernst ist es Ihnen denn mit wichtigen Entscheidungen, die die EU betreffen, durch die Bürger?“

„Das nehme ich sehr ernst, das wird auch noch spürbar werden. Das ist mein Vorschlag. Wir haben historisch schon lange in Bayern den Volksentscheid in bayerischen Angelegenheiten. Wir haben dann später den kommunalen Bürgerentscheid und Begehren ... bekommen. Da weiß ich noch genau wie die Diskussion lief, die Kommunen würden handlungsunfähig und es ginge nichts mehr vor und zurück. Das war nicht der Fall. Die Ersten, die ein kommunales Volksbegehren beantragt haben, obwohl es vorher abgelehnt wurde, war die CSU in München. Und ich kann nicht erkennen, dass kommunale Entscheide in irgendeiner Weise die Kommunalpolitik behindert oder erschwert hätten.
Da gibt es positive und negative Beispiele, wo man gewonnen oder verloren hat, genauso wie bei den bayerischen Volksentscheiden. Und jetzt frag ich mich, warum soll denn nicht eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung, worunter ich z.B. subsumiere, wenn wir als Bundesrepublik Deutschland Souveränitätsrechte übertragen auf die Europäische Union, dann kann man doch mal ernsthaft den Gedanken anstellen, dass man dazu die Bevölkerung befragt. ...
Ich habe einmal den wissenschaftlichen Dienst des deutschen Bundestags gebeten diese ewige Behauptung des „Scheitern der Weimarer Republik“ (wegen zuviel direkter Demokratie) wissenschaftlich zu durchleuchten. Und ich möchte es jetzt auf den Satz verkürzen: Die Weimarer Republik ist ganz gewiss nicht wegen zuviel Bürgerbeteiligung gescheitert.... Aber es wird trotzdem immer wieder behauptet. Dann gibt es von mir hochgeschätzte Politiker, die sagen, dann hätte es dieses und jenes nicht gegeben in der Europäischen Union. Wer weiß das denn eigentlich? Ex post können wir das leider nicht mehr beweisen.
Also ich würde uns Politikern da mehr Selbstvertrauen wünschen. Wenn wir etwas Gutes für das Land und die Bevölkerung machen, wird das auch Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Ich habe da keine Angst.... Es gibt in dieser aufgeklärten Gesellschaft, mit einer Fülle an Informationsmöglichkeiten wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte und auch einem durchaus hohen Maß an Verantwortungsbereitschaft bei allen Beteiligten, einschließlich der Medien, so etwas wie eine kollektive Intelligenz.
Die deutsche Bevölkerung hat in der Nachkriegsgeschichte die Machtbalance in Deutschland immer wieder vernünftig ausgependelt. Es wurde nie jemand im Bundestag und Bundesrat zu stark, es musste immer wieder rückgekoppelt werden auf andere Mehrheiten und Ansichten. Ich habe in meiner Partei bei allen wichtigen Entscheidungen, trotz mancher Netzwerke, die da in der Vorbereitung sich abgesprochen haben, immer vernünftige und intelligente Entscheidungen erlebt. Vielleicht war es auch vernünftig mich das erste Mal nicht zu wählen..... (Gelächter).“

Herr Seehofer, wir nehmen Sie beim Wort!

Aufruf - Volksentscheid ins Grundgesetz!

Mit diesem Aufruf sammeln wir Unterschriften und werben so Unterstützer für unsere Kampagne zur Einführung des bundesweiten Volksentscheids.

2009 ist ein Demokratie-Denk-Jahr: Wir feiern 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre friedliche Revolution. Das ist nicht nur Erbe, sondern auch Auftrag. Am 27. September werden wir zudem den Bundestag wählen. Eine gute Zeit, um mehr Demokratie zu wagen. Im Grundgesetz heißt es seit 60 Jahren: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt." (Art. 20). Das ist ein bisher nicht eingelöstes Versprechen. Es ist auch eine Forderung aus dem revolutionären Herbst '89 mit seinem Ruf „Wir sind das Volk". Wählen dürfen wir, deutschlandweit abstimmen dagegen nicht. Eine Demokratie, in der wir nur alle paar Jahre eine Stimme abgeben, sonst aber nur zuschauen dürfen, ist der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht genug. Sie wollen auch in Sachfragen verbindlich entscheiden können. Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung und eine lebendigere und offenere Demokratie. Deshalb fordern wir die Mitglieder und Fraktionen des Bundestages auf, neben den Wahlen auch Volksabstimmungen auf Bundesebene möglich zu machen.

Werden Sie aktiv!
Unter www.mehr-demokratie.de/kampagne.html finden Sie Informationen und Ansprechpartner.

Das können Sie tun
Unterschreiben Sie den Aufruf auf unserer Homepage. Bitte leiten Sie den Aufruf auch an andere Menschen weiter. Bestellen Sie die Unterschriftenliste zum Aufruf (Mehr Demokratie, Jägerwirtstr. 3, 81373 München, 089-821 17 74, mitgliederservice@mehr-demokratie.de).

Machen Sie mit bei Aktionen...
...zum Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz".
Wir wollen dazu bundesweite Aktionen starten und an der „Langen Nacht der Demokratie" teilnehmen. Ansprechpartnerin: Lynn Gogolin, 030-42082370, zeitschrift@mehr-demokratie.de.

...zum evangelischen Kirchentag in Bremen
Dort sind wir vom 20. - 24. Mai beim „Markt der Möglichkeiten" vertreten und sammeln mit dem obigen Aufruf 3.000 Unterschriften. Helfen Sie mit! Ansprechpartnerin: Katrin Tober, 0421-79 46 370, katrin.tober@mehr-demokratie.de.

Fragen sie Politiker über abgeordnetenwatch.de...
...ob Sie sich nach der Bundestagswahl für Volksentscheide einsetzen werden.

Schreiben Sie Leserbriefe...
...zu Artikeln zum 60.Geburtstag des Grundgesetzes. Argumente, Textbausteine und Hintergrundinformationen auf www.mehr-demokratie.de/argumente.html. Ansprechpartnerin: Anne Dänner, 030-42082370, presse@mehr-demokratie.de.

Besuchen Sie Veranstaltungen...
...zum Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz". Verteilen Sie dort den Aufruf und fragen Sie nach Plänen zur Einführung des bundesweiten Volksentscheids. Ansprechpartnerin: Daniela Beer, 089-8211774, daniela.beer@mehr-demokratie.de.

Frieren, Zittern und Durchhalten

Hamburger Volksbegehren für ein faires Wahlrecht erfolgreich

Von Angelika Gardiner, Hamburg

Unterschriftensammln mit Wahlrechts-Trecker in Hamburg-Övelgönne

So viel Zittern war noch nie – nicht nur wegen des für Hamburger Verhältnisse überraschend eisigen Winterwetters, das den Unterschriftensammlern auf der Straße fast die Kugelschreiberminen einfrieren ließ. Bis kurz vor Torschluss bangten die Initiatoren des Volksbegehrens für ein faires Wahlrecht, ob sie die geforderten 61.834 gültigen Eintragungen erreichen würden. Tagelang sah es so aus, als würde es im besten Fall zu einem äußerst knappen Sieg reichen. Doch als die letzten Listen durchnummeriert waren, stand auf einmal die unglaubliche Zahl von 76.086 Unterschriften im Raum. Einige Mehr-Demokraten konnten diesen Erfolg erst glauben, nachdem Landeswahlleiter Willi Beiß in ihrem Beisein eine entsprechende Pressemitteilung verteilt hatte.

Ist so etwas schon einmal irgendwo vorgekommen? Erst gibt sich das Volk – was an sich schon ein äußerst seltener Fall ist – 2004 selbst neue, demokratischere Regeln für die Wahlen im Stadtstaat Hamburg, dann kippt die allein regierende CDU diesen Volksentscheid und ersetzt ihn durch ein Verfahren, das die Macht der Parteispitzen absichert. Das Volk findet sich mit diesem Skandal nicht ab, sondern setzt erneut an: Zum zweiten Mal ist jetzt ein Volksbegehren für ein faires Wahlrecht erfolgreich. Ein sprödes Thema, das die Herzen sicher nicht so bewegt wie der Verkauf städtischer Krankenhäuser oder Wasserwerke. Doch offenbar begreifen immer mehr Menschen, dass Wahlsysteme konkrete Auswirkungen auf die Qualität von Politik haben. Initiativensprecher Manfred Brandt: „Dieses Volksbegehren setzt ein Datum. Es wird auch auf andere Bundesländer ausstrahlen."

Wer die drei Wochen im frostklirrenden Hamburg miterlebt hat, der weiß, was die Aktiven von Mehr Demokratie und vom Omnibus für direkte Demokratie geleistet haben. Viele der so genannten Aktionsurlauber kannten sich von früheren Volksabstimmungen und kamen schon zum wiederholten Mal für ein paar Tage an die Elbe, um die Hamburger Mehr-Demokraten zu unterstützen. Manfred Brandt: „Wir sind unendlich dankbar für diese Hilfe, ohne die wir es nicht geschafft hätten. Die Parteien beneiden uns um die vielen tatkräftigen Idealisten, die es bei Mehr Demokratie und beim Omnibus gibt."

Allein die Aktionsurlauber sammelten gut die Hälfte aller Unterschriften. Bei der abendlichen Runde im Backpacker-Hostel stellten sie auch den Hanseaten ein glänzendes Zeugnis aus. Kurt Wilhelmi vom Omnibus: „Fast allen Sammlern fiel auf, dass die Hamburger heute deutlich besser über direkte Demokratie und die Wichtigkeit eines demokratischeren Wahlrechts Bescheid wissen als noch vor einigen Jahren. Die anhaltende öffentliche Diskussion war im besten Sinne volksbildend."

Es ist der dritte Anlauf für ein Wahlrecht, das den Bürgern mehr und den Parteispitzen weniger Einfluss auf die Zusammensetzung ihrer Parlamente gibt. Das antiquierte Hamburger Listenwahlrecht,

bei dem man nur eine Partei und keine Personen ankreuzen konnte, hatte fast zwanzig Jahre lang in der Kritik gestanden. Doch weder SPD noch CDU wollten etwas von einer Modernisierung wissen. Erst 2001 kam Bewegung in die Sache. Die erste Volksinitiative für ein Wahlrecht mit Wahlkreisen, Kumulieren und Panaschieren musste aber abgebrochen werden – u.a. weil die Terroranschläge vom 11.9. mitten in die Eintragungszeit fielen und sich erst mal niemand mehr für Hamburger Lokalthemen interessierte. Der zweite Versuch hingegen war ein Erfolg. Beim Volksentscheid 2004 setzte sich der Gesetzentwurf der Initiative gegen einen Alternativvorschlag von CDU und SPD durch. Die Freude hielt jedoch nicht lange. Zwar wurde das neue Wahlrecht Gesetz, aber noch vor der ersten Anwendung höhlte es die damals allein regierende CDU so aus, dass nicht viel übrig blieb. Noch dazu urteilte das Hamburgische Verfassungsgericht, der Senat, also die Landesregierung, müsse sich nicht an Volksentscheide halten.

Das ist nun vorbei. Ein jahrelanger Kampf fand im Dezember 2008 doch noch ein glückliches Ende. Jetzt steht in der Landesverfassung, dass Volksentscheide für Senat und Bürgerschaft faktisch bindend sind. Das war ein Hauptgrund für uns, das Wahlrecht erneut anzupacken. Nach dem erfolgreichen Volksbegehren ist jetzt das hamburgische Landesparlament am Zug. Die Bürgerschaft kann das Volksbegehren übernehmen. Dann kommt es am Tag der Bundestagswahl nicht zum Volksentscheid, wie vom Verfahren eigentlich vorgesehen. Ein Volksentscheid wäre den Wahlrechts-Initiatoren allerdings lieber. Manfred Brandt: „Die sauberste Lösung wäre, wenn die Bürgerschaft zum Tag der Bundestagswahl einen eigenen Alternativentwurf gegen unseren Gesetzesvorschlag zur Abstimmung stellt. Dieser Volksentscheid hat dann auch Bestand."

Angelika Gardiner ist Mitglied des Landesvorstandes und Pressesprecherin von Mehr Demokratie in Hamburg.

Mehr Demokratie übergibt dem Landeswahlamt die 76.086 Unterschriften. Vorne: Angelika Gardiner und Manfred Brandt.

Darum ging es in Hamburg

Im Kern will Mehr Demokratie die Änderungen rückgängig machen, die am Volksentscheid von 2004 vorgenommen wurden.

Je nach Größe eines Wahlkreises werden weiterhin 3 bis 5 Abgeordnete direkt gewählt - aber ohne die Verrechnungsbarrieren, die es derzeit fast unmöglich machen, von einem hinteren Listenplatz nach vorn gewählt zu werden.

Die starren Landeslisten, auf denen nur eine Partei angekreuzt werden kann, werden wieder geöffnet. Auch auf den Landeslisten soll man fünf Stimmen haben, die frei verteilt werden können. Es gibt also keine absolut sicheren Listenplätze mehr.

Es gibt keine „Parteienstimme" mehr. Man muss auf den Kandidatenlisten der Parteien immer Personen ankreuzen. So zeigt sich sehr genau, wem die Wähler wie viel Vertrauen schenken.

Die 5%-Klausel für die Bezirksversammlungen wird wieder abgeschafft.

Ein ganz großes, ganz herzliches Dankeschön an alle, die zum Erfolg des Hamburger Volksbegehrens beigetragen haben! Wir sind tief bewegt von der Unterstützung!

Die drei Vertrauenspersonen Manfred Brandt, Gregor Hackmack und Matthias Cantow im Namen aller Aktiven im Hamburger Landesverband von Mehr Demokratie

Telegramm

Neues aus den Landesverbänden

Martin Rüttgers und Lena Clever im neuen NRW-Büro

Nordrhein-Westfalen
Mehr Demokratie hatte eingeladen und alle kamen. Mitglieder und Unterstützer, Nachbarn und Freunde, Initiatoren von Bürgerbegehren sowie Politiker und Verbändevertreter jeglicher Couleur. Rund 125 Feierwillige hatten am 15. Januar den Weg nach Köln-Porz gefunden, um auf den Umzug von Mehr Demokratie in neue Geschäftsräume ein Glas Sekt oder auch Kölsch zu heben. Im Oktober hatten die Mitarbeiter der NRW-Geschäftsstelle neue Büroräume direkt am Rhein bezogen.

Thüringen
Das hat es in Deutschland noch nie gegeben: Die regierungstragende Fraktion im Landtag ändert die Gesetzeslage, auf die sich ein erfolgreiches Volksbegehren bezieht und unterhöhlt damit die Volksgesetzgebung. Die Landtagspräsidentin setzt sich über alle Bedenken hinweg und unterzeichnet das Gesetz. Gegen dieses Unterlaufen der Volksgesetzgebung haben die Oppositionsfraktionen im Landtag und die Vertrauensperson des Volksbegehrens, Ralf-Uwe Beck, Klage beim Thüringer Verfassungsgericht gegen Landtag und Landtagspräsidentin eingereicht. Es geht um das Wohl und Wehe der Volksgesetzgebung im Freistaat. Denn wenn Volksbegehren mit einem Federstrich unterlaufen werden können, wird keine Initiative mehr den Riesenaufwand einer Unterschriftensammlung unternehmen.

Rheinland-Pfalz
Am 24. Januar wurde auf einer Mitgliederversammlung in Rheinland-Pfalz ein neuer Landesvorstand gewählt: Günter Skupin (Landesvorstandssprecher), Heinz Hartung (Schatzmeister) und Paul Kittler (weiteres Landesvorstandsmitglied).

Berlin/Brandenburg
Rund 307.000 Unterschriften für das Berliner Volksbegehren Pro Reli – das hat bisher noch keine Initiative geschafft! Zum offiziellen Einreichungstermin am 21. Januar war die Hürde von 170.000 Unterschriften damit locker übersprungen. Vier Tage später startete die „Initiative für Genuß Berlin“, das nächste Volksbegehren. Diesmal geht es um die Lockerung des Rauchverbots. Die SPD bekommt angesichts des Volksbegehrens-Booms langsam kalte Füße und versucht nun, durch einen vorgezogenen Abstimmungstermin die Beteiligung am Pro Reli-Volksentscheid zu drücken. Das Brandenburger Volksbegehren gegen neue Braunkohle-Tagebaue, das am 8. Februar endete, bekam die nötigen 80.000 Unterschriften nicht zusammen. Schuld daran sind vor allem die schlechten Eintragungsbedingungen.

Studie zu Wahlrecht in Brandenburg
Die Wähler in 13 Bundesländern können es: Bei Kommunalwahlen gezielt Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Angebot aller Parteien auswählen. Damit haben die Wähler die Möglichkeit, die Listenreihenfolge der Mandatsbewerber noch einmal zu verändern. Nach einer ersten Studie zu den Auswirkungen dieses Wahlrechts in Bayern, Hessen und Niedersachsen hat der Sozialwissenschaftler Dr. Klaus Hofmann für Mehr Demokratie nun auch die Folgen des „Kumulieren und Panaschieren“ genannten Wahlsystems in Brandenburg untersucht. Die 14-seitige Studie „Die Auswirkungen des Wahlrechts in Brandenburg auf die Zusammensetzung der Städte- und Gemeindeparlamente am Beispiel der brandenburgischen Kommunalwahlen 2008“ kann bestellt werden unter Tel. 02203-5928-59 oder heruntergeladen werden unter www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-brandenburg.html.

Sachsen
Mitte Januar war es soweit. Die Gründung einer Regionalgruppe Dresden zog viele Interessierte an, ein klares Bekenntnis für Mehr Demokratie in sächsischen Kommunen. Aus den TeilnehmerInnen kristallisierten sich sehr engagierte MitstreiterInnen heraus, die nun den Kern der Dresdner Regionalgruppe bilden und in Kooperation mit dem Landesbüro Leipzig Projekte und Kampagnen durchführen. Mit der verstärkten Vernetzung der Regionalgruppen in Sachen bringen wir Mehr Demokratie in die Kommunen. Wir laden alle Interessierten in Sachsen ein, dazuzustoßen oder neue Regionalgruppen zu gründen. Nehmen Sie Kontakt auf unter 0341/3065140 oder sachsen@mehr-demokratie.de.

Finanzkrise und Demokratie

Kann direkte Demokratie etwas zur Bekämpfung der Finanzkrise beitragen? Und inwiefern trägt unser jetziges Repräsentativ-Modell von Demokratie zur Krise bei? Einige Gedanken dazu...

Von Prof. Dr. Gerd Habermann, Bonn

Politiker streben eine Wiederwahl an. Zeitweise sind sie bereit, dafür auch auf langfristig sinnvolle Politikgestaltung zu verzichten, wenn sie mit kurzfristig ertragreichen Programmen im Vier-Jahres-Rythmus bei den Wählern punkten können.
Diese Klemme, in der die Repräsentativdemokratie unausweichlich steckt, mag in manchen Fällen auch eine vorausschauende und vernünftige Finanzpolitik der Regierungen verhindert haben, zugunsten hektischer Ad-hoc-Rettungspakete, die nur nötig erschienen, weil zuvor nicht früh genug gehandelt wurde. Damit ist die Finanzkrise nicht erklärt. Dennoch hat die Kurzlebig- und -sichtigkeit der Politikgestaltung unter Wiederwahlbestreben sicher ihren Teil zum Entstehen der Krise beigetragen.

Darüber hinaus stehen Politiker unter einem schwer kontrollierbaren Druck von Lobbyisten aller Art und tun vieles, um deren Interessen zufrieden zu stellen - und eben nicht die Interessen des Volkes, das sie eigentlich vertreten. In diesem Sinne schrieb Friedrich August von Hayek einmal drastisch:
„Die heute praktizierte Form der Demokratie ist zunehmend ein Synonym für den Prozess des Stimmenkaufs und für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen, ein Auktionssystem, in dem alle paar Jahre die Macht der Gesetzgebung denen anvertraut wird, die ihren Gefolgsleuten die größten Sondervorteile versprechen; ein durch das Erpressungs- und Korruptionssystem der Politik hervorgebrachtes System mit einer einzigen allmächtigen Versammlung, mit dem Wortfetisch Demokratie belegt“. [1]
Der frühere amerikanische Präsident Bush und sein Kumpan Greenspan hatten darum auch keine Skrupel selbst jenen zum Nullzins zum Besitz einer Immobilie zu verhelfen, die nicht nur über kein Eigenkapital verfügten, sondern teilweise sogar auf Staatskosten lebten. Die Frage ist, ob Direktdemokratie, welche die Repräsentativdemokratie kontrollieren hilft, auch beim Umgang mit Geld, Währung und Staatsfinanzen „nachhaltiger“ ist.

Es liegen dazu eine Reihe empirischer Untersuchungen aus der Schweiz und auch aus einigen amerikanischen Bundesstaaten vor, die u.a. Folgendes belegen:

- Wo die Neuverschuldung ein Referendum passieren muss, ist sie (in den untersuchten amerikanischen Bundesstaaten) um ein Drittel niedriger als im Durchschnitt aller Bundesstaaten. Ähnlich ist es in der Schweiz.
- Schweizerische und amerikanische Untersuchungen belegen, dass das Wachstum der Staatsausgaben bei stärkerer direktdemokratischer Beteiligung um fast ein Drittel niedriger ist als in Staaten ohne direktdemokratische Beteiligung.
- Steuern und Abgaben können als Konsequenz direktdemokratischer Institutionen sinken.
- Direktdemokratie begünstigt auch eine nutzerbezogene Gebühren-, statt der allgemeinen Steuerfinanzierung. Dies ist gewiss im Interesse der Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit.
- Ferner neigen Organe von Staat und Gemeinden unter dem Druck direktdemokratischer Institutionen zu größerer Effizienz.
- In einigen Untersuchungen kommt auch heraus, dass selbst die Ausgaben für Bildung höher sind als sonst und insgesamt mehr Identifikation mit dem Gemeinwesen festzustellen ist.
- Auch Steuerzahlerrevolten können mittels der Direktdemokratie ein Ventil sein, um den Leviathan zurückzudämmen. Wir denken z.B. an die berühmte „Proposition 13“ in Kalifornien (1978).[2]

Es liegt auf der Hand, dass bei direktdemokratischen Verfahren Entscheidung und Haftung nicht so weit auseinander liegen wie bei der Repräsentativdemokratie. Die Bürger spüren direkt die Folgen ihrer Finanzentscheidungen durch höhere Abgabenbelastungen und höhere Zinsen. Die Politiker der Repräsentativdemokratie werden dagegen ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, wenn die Konsequenzen ihrer Entscheidungen spürbar werden. Man lese hierzu nur die Schriften von Hans Herbert von Arnim.
Grundlegend sei empfohlen: Charles B. Blankart: Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 7. Aufl., München 2008.

Prof. Dr. Gerd Habermann ist Direktor des Unternehmerinstituts des Verbandes Die Familienunternehmer – ASU e.V., Berlin und Mitglied des Kuratoriums von Mehr Demokratie.

1 Friedrich August von Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, 1980/81, Bd. 3, S. 55.

2 Eine schematische Übersicht über die Studien finden Sie in: Schriftenreihe des Unternehmerinstituts der ASU: Für Effizienzstaat und Direktdemokratie, Berlin 2001, S. 86

Demokratie in Bewegung

12 Länder, 8.000 Kilometer, 1 Ziel

Von Michael von der Lohe, Hattingen

Im Herbst 2009 bricht der OMNIBUS zu einer historischen und abenteuerlichen Tour durch 12 Länder Südosteuropas auf. Wir folgen damit einer Einladung des Goethe-Instituts in Athen.

Während einer acht Wochen langen Fahrt halten wir in den jeweiligen Hauptstädten und begegnen einem Kulturraum, der mit seiner eigenen Geschichte und gelebten Vielfalt fasziniert. Die Standorte der Goethe-Institute werden in dieser Zeit zu offenen Foren, in denen Bürgerbeteiligung real wird. In Begegnungen und Veranstaltungen wollen wir die Idee plastisch entwickeln, wie Demokratie und Kunst zusammen gehören. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir Antworten finden, welche Gestaltungsmöglichkeiten wir dafür besitzen und diese Vision als Alternative einer Zukunft der Bürger in Europa vorstellen.

Höhepunkte der Reise werden die Haltepunkte in Griechenland und am Bosporus. Dort planen wir zwei mehrtägige Konferenzen mit internationalen Teilnehmern.
In Athen ist die Verlesung einer Erklärung an der Pnyx vorgesehen. Dieser historische Ort am Fuße der Akropolis war in der antiken Polis Heimat der Volksversammlungen, Geburtsstätte der praktisch gelebten und direkten Demokratie. Die Erklärung wird zuvor in einer Konferenz von einem breiten Netzwerk an internationalen NGO's, Wissenschaftlern und Künstlern erarbeitet. Damit wollen wir den Grundstein legen und weltweit erstmals die Qualitätskriterien festlegen, wie direkte Demokratie auf die gegenwärtigen Fragen und Probleme zukunftsorientierte Antworten liefern kann.

Während wir uns in Athen mit der Weiterentwicklung der Demokratie beschäftigen, werden wir uns in Istanbul den Grundlagen und dem notwendigen kulturell-philosophischen Umfeld für Demokratie zuwenden:
„Is democracy a universal value?" Wir wollen zum offenen Gespräch über die Vereinbarkeit von Demokratie, Kunst und Religion ermutigen. Angesichts einer Milliarde Moslems auf der Welt wird dies zu einem entscheidenden Topos des 21. Jahrhunderts werden. Unsere Chance ist das gemeinsame Gespräch, der gegenseitige Austausch und die Bereicherung aus der Diversität heraus. Die BürgerInnen sind gefordert. Für eine gemeinsame und selbstbestimmte Gestaltung unseres Lebensraums.
Dazu soll die Reise ermutigen, anregen, beseelen.

Der erweiterte Kunstbegriff & Demokratie

Beuys beschreibt die zukünftige Idee des Zusammenwirkens der Menschen auf der Grundlage von Freiheit und Selbstbestimmung als „Soziale Plastik“. Der Mensch ist der verantwortliche Gestalter der Form des Ganzen.

Bereits 1971 gründete Beuys in Düsseldorf die „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“. Auf der Documenta 5 in Kassel lag sein Beitrag darin, 100 Tage mit den Besuchern über den „Erweiterten Kunstbegriff“ und die Notwendigkeit der direkten Demokratie zur Verwirklichung der Sozialen Plastik zu sprechen. In Anlehnung daran empfinden wir diese Reise im Herbst 2009 als unseren Beitrag zu einem „erweiterten Demokratiebegriff“.

OMNIBUS-Tour 2009

Der „OMNIBUS für direkte Demokratie“ setzt seit 22 Jahren eine Idee des Künstlers Joseph Beuys in die Praxis um. Unser Werkzeug ist ein doppelstöckiger Omnibus, eine fahrende Schule der Souveränität und des Denkens. Mit an Bord sind Ideen zur selbstbestimmten Gestaltung der Gesellschaft durch die Menschen, allen voran die direkte Demokratie.

Der OMNIBUS besucht etwa hundert deutsche Städte im Jahr und eröffnet dort für einige Tage einen Gesprächsraum auf Plätzen, in Fußgängerzonen, an Schulen und Universitäten. So berührt das Gespräch Kunst und Kultur, den Geld- und Wirtschaftskreislauf, das Schul- und Bildungswesen, die Ökologie und selbstverständlich auch die Europafrage.

Wir suchen MitfahrerInnen

Wir suchen für die Zeit vom 14. März bis 6. September 2009 MitfahrerInnen, die einmal oder mehrmals im Jahr für einen Block von 2-3 Wochen mitfahren wollen. Der Einstieg in die Mitfahrt ist jederzeit möglich. Probezeit/-fahrt: 2-3 Tage. Nach der Probezeit bieten wir ein Tageshonorar von 56,00 Euro plus Übernahme der Reisekosten. Auch „Busfahrer“ sind sehr willkommen. Der OMNIBUS ist als Sonder-KFZ zugelassen und kann mit Führerschein Klasse 2 (LKW) gefahren werden.
Wir leben und arbeiten mit dem OMNIBUS. Er ist mit 5 Schlafplätzen im Oberdeck ausgebaut und hat ein kleines Bad und eine kleine Küche. In der Regel ist er von Montags bis Freitags von 9.00-18.00 Uhr geöffnet. Er fährt zu Kongressen und Veranstaltungen (siehe auch OMNIBUS-Fahrplan auf unserer Homepage: www.omnibus.org). Zum Stammteam gehören zur Zeit ca. 15 MitarbeiterInnen, die sich bei der Mitfahrt abwechseln. Nur Werner Küppers, der Fahrer, ist die Konstante. Er ist von März bis November kontinuierlich unterwegs. Er fährt den OMNIBUS, ist zuständig für die Koordination der Wartung und Pflege, sowie die Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen. Er ist Referent an Schulen und Pressesprecher am OMNIBUS.

In diesem Jahr haben wir viel vor

- Wir fahren mit dem OMNIBUS durchs Saarland und durch Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen und Bayern.

- Wir nehmen am Bodensee-Kongreß „ZuGegen“ und am Kirchentag in Bremen teil.

- Parallel zu den Veranstaltungen der Politik zu „60 Jahre Grundgesetz“ und „20 Jahre Mauerfall“ wollen wir die Höhepunkte und Stätten der Demokratiebewegung mit dem OMNIBUS anfahren (Hambacher Schloss, Paulskirche, Weimarer Nationaltheater, Herrenchiemsee, Museum König, Leipzig, Dresden, Kassel).

- Gemeinsam mit „Mehr Demokratie e.V.“ wird der OMNIBUS Aktionen zur Bundestagswahl vorbereiten, bzw. die „AKTION VOLKSABSTIMMUNG“ weiterführen.

- Und als ganz große Herausforderung in diesem Jahr kommt die Fahrt ab September 2009 durch Süd-Ost-Europa:

07.09. Bonn
09.09.-10.09. Ljubljana
11.09.-14.09. Zagreb
15.09.-18.09. Sarajevo
19.09.-21.09. Belgrad
23.09.-25.09. Skopje
28.09. -29.09. Delphi
30.09.-08.10. Athen
08.10.-15.10. Meer
16.10.-19.10. Thessaloniki
20.10.-26.10. Istanbul
27.10.-30.10. Sofia
30.10.-02.11. Bukarest
05.11.-08.11. Budapest
09.11.-12.11. Wien
13.11. Wiesbaden

Momentan arbeiten ca. 10 Mitarbeiter von Mehr Demokratie e.V. und OMNIBUS an der erfolgreichen Realisierung der Fahrt.

Michael von der Lohe ist Geschäftsführer vom OMNIBUS.

Athen - Die Scherben der Demokratie

Roman Huber und Michael von der Lohe erleben Athen zwischen fliegenden Pflastersteinen und erweitertem Kunstbegriff

Von Roman Huber, München, Fotos von Michael von der Lohe, Hattingen

Anflug auf Athen - ein weißes Häusermeer mit fünf Millionen Menschen, der Hälfte aller Einwohner Griechenlands. Auf dem Weg vom Flughafen zum Syntagmaplatz, dem zentralen Platz, an dem das Parlament steht, sehen wir Slums und Wellblechhütten entlang der Straße – in Griechenland, einem EU-Mitgliedsland (!). Als wir am Syntagmaplatz ankommen, steht der große schöne Christbaum mit den roten Kugeln noch. Hundertschaften von Polizisten säumen die Straßen und bewachen das Parlament. Gereizte Stimmung. Viele Zuschauer, im Kern einige Jugendliche, die mit wild wachsenden Orangen und Christbaumkugeln die Polizisten bewerfen, absurd-komisch. Auf einmal fliegen faustgroße Pflastersteine, die Stimmung kippt. Auf den ersten Blick scheinen es Rituale von Mut und Männlichkeit zu sein, irgendwie eine Art Initiationsritus der Jugend, bzw. der Ausgleich für dessen Fehlen. Die Polizisten verstecken sich hinter ihren Gasmasken, die Demonstranten hinter ihren Masken aus Stoff. Keine Bewegung, kein Aufeinanderzugehen.

Michael[1] und ich sind eingeladen vom Goethe-Institut, um eine zweimonatige Reise mit dem OMNIBUS über den Balkan nach Athen und Istanbul zu besprechen. Anlass und Thema sind der erweiterte Kunstbegriff, Beuys und die direkte Demokratie. Bei Goethe[2] gehen wir unsere Kalkulation der Busreise durch und streichen Posten für Posten. Michael wird immer wortkarger. Aber wir werden uns einig mit Wolfger Pöhlmann vom Goethe-Institut, der die Kulturprogramme für Athen und die Region Südosteuropa koordiniert. Ein belesener, warmherziger Mensch, der Beuys selbst oft begegnete. Obwohl er die Tour finanziell unterstützt, brauchen wir dennoch weitere Partner, um die fehlenden 50.000 – 100.000 Euro für die Konferenzen in Athen und Istanbul zu finanzieren.

Kurzerhand besuchen wir Philippos, einen sehr wohlhabenden Rechtsanwalt, der uns erst einmal seine ganzen echten „Imi Knöbels“[3] zeigt. Im Gespräch schwankt er zwischen dem Wunsch nach dem einen Führer und etwas direkter Demokratie. Bühnenreif parodiert er Politiker, die sich bei Immobiliengeschäften mit den heiligen Mönchen

1 Michael von der Lohe, Geschäftsführer vom OMNIBUS

2 Goethe-Institut. Die Fahrt des OMNIBUS geht über Zagreb, Sarajewo, Skopie, Thessaloniki, Athen, Istanbul, Sofia, Bukarest, Belgrad, Budapest und Wien.

3 Imi Knöbel, Schüler der Beuys-Klasse an der Düsseldorfer Kunstakademie und Vertreter der Minimal-Art-Strömung

Sie schmeißen mit Christbaumkugeln und wild wachsenden Orangen: Aufstand auf dem zentralen Syntagma-Platz in Athen. Später wird auch der Christbaum selbst angezündet.

vom Berg Athos[4] Abermillionen in die Tasche geschoben haben. Völlig korrupt. Vor den Augen der Öffentlichkeit. Und sie werden dafür vermutlich nicht belangt. Das schürt die Wut. Die „Generation 700“, junge, gut ausgebildete Akademiker, brauchen Jahre, um sich mit Praktikanten- und Gelegenheitsjobs einen Arbeitsplatz zu erkämpfen und erhalten dann als Einstiegsgehalt 700 Euro. Bei Lebenshaltungskosten, die nicht viel niedriger als in Deutschland sind.

Das war eine der Ursachen für die Eruption, der tote Junge, der fünfzehnjährige Alexis, war nur ein Auslöser. Die Unruhen sind dezentral, kopflos, emotional, nicht organisiert. Keine Tiefe, wenig Idee, kein Konzept. Selbst Gutsituierte werfen Steine, lassen sich anstecken. Der Christbaum auf dem Syntagmaplatz muss noch am Tag unserer Ankunft dran glauben, das Symbol brennt, wie alle anderen Symbole des kapitalistischen Systems, die Banken und Luxusgeschäfte. Viele schießen übers Ziel hinaus und schreddern die Läden von kleinen Geschäftsleuten.

Die Polizei ist jetzt, nach dem Tod des Jungen, vorsichtig, deeskaliert, will keine weiteren Märtyrer. In der Nacht dann allerdings sind sie nicht mehr nur ruhig. Unter Kontrolle haben sie trotzdem nichts mehr. Die Demonstranten sind immer einige Straßenzüge voraus.

Das Tränengas nervt wirklich, schlimmer noch ist das Reizgas, das setzt uns schnell schachmatt. Apokalyptische Szenen, brennende Häuser, brennende Autos, mit selbstgebauten Rammböcken werden Panzerglasscheiben von Banken eingeschlagen.

Dennoch, in echt wirken die Szenen lange nicht so schrecklich wie im Fernsehen. Wir vor Ort sehen 99 Plätze, die nicht brennen. Das Bild in der Zeitung zeigt den ei-

4 97% aller Griechen sind griechisch-orthodox, die Kirche ist der größte Grundbesitzer im Land. Ein Kind eines griechisch-orthodoxen Paares ist automatisch (auch ohne Taufe) griechisch-orthodox und man kann nicht aus der Kirche austreten. Interessante Bedingungen einer Mitgliedschaft....

Oben: Die Polizei ist immer ein paar Straßenzüge hinter den Demonstranten zurück. Wenn sie kommt, lodern die Feuer schon.
Links: Starre Konfrontation auf dem Syntagmaplatz in Athen.

Neben einem ausgebrannten Laden geht das Alltagsleben weiter...

nen brennenden Platz, und zwar nur in dem Moment, wo das Feuer am höchsten brennt. Fünfzehn Minuten später ist es schon wieder vorbei.

Angeblich wurde der fünfzehnjährige Alexis kaltblütig ermordet, im Fernsehen ist ein unscharfer Film zu sehen, aufgenommen mit einer Handykamera. Pöhlmanns Sohn gibt ein Interview im WDR, am nächsten Tag schon in der ARD, weil er einen Vater hat, der am Goethe-Institut arbeitet und einige aus seiner Klasse den Toten kannten. Absurde Szenen beim Abendessen, in sicherer Entfernung. Wie bei Loriot, „schau mal Schatz, da brennt ein Haus, kannst du mir mal das Salz reichen, ooh schau mal, da drüben brennt schon wieder eins..."

Dann werfen wir uns mitten ins Getümmel – zuerst auf der Seite der Polizisten, studieren die angespannten Gesichter. Dann folgen wir den Anarchisten bis in ihre Rückzugszonen, die Universitäten, die seit dem Putsch gegen die Obristen im Jahr 1973 von der Polizei nicht mehr gestürmt werden dürfen. Wir erholen uns gemeinsam mit ihnen vom brennenden Tränengas. Wir reden, fragen nach Motiven. Sie wissen nicht, warum sie tun, was sie tun. Außer oberflächlichem Geplapper sind sie nur emotional ergriffen, ein kollektiver Wutaufstand, eruptiv, formlos.

Die Volksabstimmung würde eine angemessene Form schaffen, eine Gestalt, ein Prozedere, in dem sich Angestautes entladen, aber dann transformieren kann in gegenseitiges Zuhören und Anerkennen, das in Lösungen mündet.

Wir waren an all den Plätzen, die wir später im Fernsehen sehen, Michael hat die gleichen Bilder gemacht wie die Journalisten, manchmal denken wir, gleich läuft einer von uns bei den Nachrichten ins Bild. Nach kurzer Nacht treffen wir uns mit Rhea[5], Yannis, einem Dozenten der Athener Kunsthochschule, und Wolfger und machen uns auf den Weg durch Athen. Wo soll der Bus stehen, welche Ausstellungen laufen, wie nehmen wir an der dann stattfindenden Biennale teil? Die Akropolis ist abgesperrt, nicht wegen den Unruhen, sondern weil die „Wachen" streiken. Sie erhalten keinen Lohn mehr von der Regierung, das Weltkulturerbe wird einfach kurzerhand dicht gemacht.

Wir wandeln durch die Olivenhaine westlich der Akropolis zur Pnyx, dem Ort der Volksversammlungen unter Perikles in der Blütezeit der antiken Demokratie. 6000 Menschen[6] fanden hier Platz. Jeder Anwesende war nicht nur abstimmungsberechtigt, sondern besaß auch gleiches Rederecht. Wir erspüren die besten und symbolträchtigsten Plätze für unsere „gatherings". Eine Prozession in der Nacht im Fackelschein werden wir machen. Während unten in der Stadt die Schlachten wieder beginnen, spinnen wir den

5 Rhea Stringaris, Kunsthistorikerin, Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie und früher eine Vertraute von Joseph Beuys
6 d.h. wohlhabende, einheimische Männer

Faden der direkten Demokratie weiter. Suchen eine Form für das Formlose - eine Art homöopathischer Prozess. Wieder zurück auf dem Syntagmaplatz, wir kennen die Szenen schon. Tagsüber hat die Polizei die Kontrolle, aber hier sind nur „Kinder“, nur Schüler und junge Erwachsene. Die Polizei spielt ihr Katz- und Mausspiel nach bewährten Regeln. Wo ist der Ministerpräsident, wo der Parlamentspräsident, wieso stellen Sie sich nicht dem Unmut, wieso sprechen Sie nicht mit den Demonstranten? Sie sind viel zu abgehoben und vermutlich auch zu feige, hier Aug in Aug zu stehen.
Der Regierungschef Karamanlis sondert über das Fernsehen leeres Gewäsch ab, „das könne so nicht hingenommen werden“, keine Einsicht, keine Analyse, keine Begegnung. Heute Nacht wird es wieder härter, denn am Nachmittag findet die Beerdigung des toten Jungen statt. Ein weißer Sarg, Zeichen der Unberührtheit und Unschuld, wird zu Grabe getragen, dahinter eine vor Trauer schreiende Mutter, wie in einer griechischen Tragödie.
Morgen ist Generalstreik, da steht das Land still, wir machen uns auf den Weg zum Flughafen, um Athen noch rechtzeitig zu verlassen. Mein Nachbar im Flugzeug, der für einen großen Schiffsbauer tätig ist, erzählt mir von einem Millionenauftrag von Gazprom für vier Luxusyachten, eine ist für Putin, eine zweite für Gerhard Schröder. Mir fällt der Beratervertrag von Helmut Kohl mit Leo Kirch ein - nach seiner Zeit als Bundeskanzler, also völlig legal: Er bekam 50.000 DM pro Monat, drei Jahre lang, also insgesamt 1,8 Millionen DM. Die Gegenleistung war EIN Gespräch pro Monat.
Sonnenklar ist, es braucht zivile Formen für die Menschen, um sich zu artikulieren. Aber wir brauchen auch wieder ehrlichere und integre Politiker, auch das repräsentative System muss von Grund auf reformiert werden. Sei es durch Amtszeitbegrenzung, Abwahlmöglichkeit oder persönliche Haftung. Das ist jetzt auch nicht der Weisheit letzter Schluss, aber wir „können das so auch nicht mehr hinnehmen“. Die Tour mit dem OMNIBUS steht, sie wird durch 12 Länder mit acht Sprachen gehen, durch mehrere Kulturkreise, mit Begegnungen mit vielen tausend Menschen. Die direkte Demokratie, aber auch die Demokratiefrage an sich, werden wir besprechen.
Als Andenken hätten wir gerne ein paar Scherben von der Pnyx mitgenommen, vom Scherbengericht. Auf diese Scherben ritzten die Athener den unliebsamsten Bürger der Stadt, derjenige, der am häufigsten genannt wurde, wurde für zehn Jahre verbannt. Mehr geschah ihm nicht, sein Eigentum durfte er behalten. Er wurde einfach aus dem Spiel genommen - eine zivilere Streitschlichtungskultur als heute. Der Innenminister würde das Scherbengericht momentan nicht überstehen.

Statt den Scherben haben wir einen kleinen Pflasterstein im Gepäck, der ist in Athen natürlich aus leuchtend weißem Marmor.

Roman Huber ist Geschäftsführer von Mehr Demokratie, Michael von der Lohe ist Geschäftsführer vom OMNIBUS für direkte Demokratie.

Die Pnyx: Hier werden wir Anfang Oktober die Konferenz über direkte Demokratie machen. Dieser historische Ort am Fuße der Akropolis war in der antiken Polis Heimat der Volksversammlungen - die Geburtsstätte der praktisch gelebten und direkten Demokratie.

Ein vielversprechender Anfang...

...fürs Wendejahr 2009

Vor zwanzig Jahren waren es die Altkommunisten, die von der Macht verjagt werden mussten. Jetzt sind es die Superkapitalisten, die im Zuge der globalen Finanzkrise zum Kürzertreten gezwungen werden. In beiden Fällen sind es die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihrer Forderung nach mehr (direkter) Demokratie durchsetzen können. Das europäische Wendejahr 2009 hat vielversprechend begonnen.

Von Bruno Kaufmann, Reykjavik/Bern

Reykjavik, Anfang Februar 2009: Auf dem Austurvöllur, dem zentralen Platz der isländischen Hauptstadt Reykjavik, versammeln sich an diesem klirrendkalten Wintersamstag rund 10.000 Menschen. Seit dem Zusammenbruch des isländischen Bankensystems im letzten Oktober ist es der "Stimme des Volkes" – so heisst die isländische Bürgerplattform – jede Woche gelungen, mehr Menschen zu mobilisieren, um gegen die Regierung des Landes zu demonstrieren und grundlegende demokratische Reformen zu verlangen. An diesem Samstag sind es jedoch nicht mehr die lauten Trommeln, die Buhrufe und die Trillerpfeifen, welche die vom Podium gehaltenen Reden übertönen, sondern das Jubeln und Klatschen der Menschen. Viele geben sich die Hand, manche lachen, andere wiederum weinen vor Freude: "Wir haben gesiegt, und das ist erst der Anfang", sagt der Musiker Hordur Torfason.
Tatsächlich ist es den Isländerinnen und Isländern zu Beginn dieses Jahres gelungen, mit einer demokratischen Revolution dem schwer angeschlagenen Land einen Neuanfang zu ermöglichen. Noch im letzten Herbst galt der Inselstaat im Nordatlantik als einer der wohlhabendsten und stabilsten der Welt. Seit der Unabhängigkeit von Dänemark im Jahre 1944 wurde das Land von der bürgerlichen Unabhängigkeitspartei regiert, welche Island nach dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum im Jahre 1994 zu einem aktiven "global player" im Finanzbereich aufbaute. Angeführt vom konservativen Notenbankchef David Oddson gelang den im Jahre 2002 privatisierten isländischen Großbanken das Kunststück, einen Umsatz zu erwirtschaften, der zuletzt dem Zehnfachen des isländischen Bruttoinlandproduktes entsprach. Die gut 300.000 Isländerinnen und Isländer sonnten sich in ihrem Erfolg und Wohlstand und begannen, wie die großen Finanzinstitute, in der ganzen Welt Darlehen aufzunehmen – um noch reicher und bedeutsamer zu werden.

Mit "Gottes" Hilfe

Auf der Strecke blieben all jene, die sich nicht am grenzenlosen Finanzboom der isländischen Bank-Wikinger bereichern wollten und vor einem jähen Absturz warnten. Im Herbst 2008 bekamen diese verlachten Warner dann jedoch schneller recht, als ihnen lieb sein konnte: "Möge Gott Island beschützen", sagte Ministerpräsident Geir Haarde und schon war das isländische Finanzkartenhaus in sich zusammengestürzt - mit verheerenden Folgen für viele Menschen in diesem Land am Polarkreis. Der nicht nur in Island lange vorherrschende Mix aus indirekter Demokratie und liberalisiertem Finanzplatz hatte versagt. Doch noch meinten die Herrschenden, wie einst die Honecker-Erben in der DDR, dass das überkommene und in den Augen der meisten Menschen delegitimierte politisch-wirtschaftliche System am Leben erhalten werden könnte. Egon Krenz ließ am 9. November 1989 die Grenzen öffnen, in Island versuchte die politische Klasse, sich mit einem zehn Milliarden schweren Notkredit des Internationalen Währungsfonds über Wasser zu halten. Beides misslang: Auf Island lösten die protestierenden Menschen in der zweiten Januarhälfte eine derart kraftvolle Dynamik aus, dass die Regierung Haarde Ende des Monats ihren Rücktritt einreichte und vorgezogene Neuwahlen ankündigte. Das neue Mitte-Links-Kabinett zog die Lehren aus dem Desaster und versprach beim Amtsantritt, die isländische Demokratie von Grund auf zu modernisieren – durch die Einführung direkter Demokratie.

Künftig sollen die Isländerinnen und Isländer nicht nur bei jeder Verfassungsänderung zwingend und verbindlich mitentscheiden dürfen, sondern per Volksrechte (Initiative und Referendum) auch in die Gesetzgebung eingreifen können.

Aber nicht nur in Island geschah zu Beginn dieses Jahres Bemerkenswertes, das die Perspektiven der direkten Demokratie in diesem Wendejahr betreffen: In der Schweiz sprach sich am 8. Februar eine klare Mehrheit von fast 60 Prozent der Stimmenden für eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die Bürgerinnen und Bürger der seit 2008 der Europäischen Union angehörenden neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien aus. Paradoxerweise sind es somit die Bürgerinnen und Bürger eines Nicht-EU-Vollmitgliedes wie der Schweiz, die in den letzten Jahren am gezieltesten und konstruktivsten in die Entwicklung der Union einbezogen worden sind. Die Personenfreizügigkeitsabstimmung in der Schweiz hatte es aber auch noch aus einem anderen

Grund in sich: Es war dies der 50. Volksentscheid zu Europa in Europa seit 1972. Damals konnten sich die Franzosen im ersten EU-Referendum der Geschichte zur Erweiterung der Gemeinschaft nach Norden (Großbritannien und Dänemark) äußern. Seither haben europäische Volksentscheide in nicht weniger als 27 Staaten stattgefunden. Bei einer konstant hohen Stimmbeteiligung von rund 66 Prozent kam es dabei in rund zwei Drittel aller Fällen zu integrationspositiven Entscheiden. Eine genauere Analyse der fünfzig bisherigen Volksentscheide in Europa zu Europa macht aber noch etwas deutlich: Dort, wo die Menschen am regelmäßigsten und häufigsten zu EU-Fragen Antworten geben können, sind sie auch am besten über Europa informiert.

Nützliche Nein-Entscheide

2009 hat vielversprechend begonnen, für die direkte Demokratie in Europa, und trotzdem stehen wir erst am Anfang. Die Schwierigkeiten der EU, sich als legitime und demokratische politische Gemeinschaft jenseits der Nationalstaaten zu etablieren, macht deutlich, wie schwach die direkt-demokratische Entwicklung und Verankerung auf sowohl der nationalen wie auch der transnationalen Ebene noch aussieht. Demokratiepolitische Skeptiker und nationalkonservative Gegner des europäischen Integrationsprozesses ziehen daraus oft sehr schnell den Schluss, dass eine Demokratisierung der EU nicht nur unmöglich, sondern letztlich auch unerwünscht sei. Das bisher geltende Prinzip der einzelstaatlichen Ratifizierung transnationaler EU-Verträge spielt dieser heterogenen Gruppe zumindest oberflächlich in die Hände. Dabei zeigt die Geschichte der fünfzig Volksentscheide in Europa zu Europa, dass es gerade so genannte Rückschläge wie das dänische Nein zu den Maastrichter Verträgen im Juni 1992 und das erste irische Nein zum Nizzaer Vertrag neun Jahre später waren, die der demokratischen Entwicklung Europas als grenzüberschreitende politische Gemeinschaft besonders starke Impulse verliehen. Der im Dezember 2001 eröffnete EU-Verfassungsprozess ist der beste Beweis dafür, wobei der jetzt vorliegende Lissaboner Vertrag, über welchen die Irinnen und Iren Mitte Oktober ein zweites Mal abstimmen werden, nur bescheidene Fortschritte bringen wird.

Trotzdem ist und bleibt die intensive Auseinandersetzung mit den demokratischen Grundlagen der EU eine zentrale Aufgabe. Mehr Demokratie engagierte sich deshalb zu Beginn dieses Jahres nicht nur in Irland, sondern auch in Tschechien für eine konstruktive Debatte. Zwanzig Jahre nach den weitgehend friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa ist nun ganz Europa gefordert: Von Island bis Griechenland, von Lettland bis Protugal sind in diesem Winter Millionen auf die Straße gegangen, um für mehr direkte Demokratie zu kämpfen und künftig in wichtigen Fragen auch gemeinsam auf der europäischen Ebene mitentscheiden zu können. Sollte der Lissaboner Vertrag im kommenden Jahr in Kraft treten, könnte diese wachsende Demokratiebewegung in neuer Form aktiv werden und das Instrument der Europäischen BürgerInneninitiative ergreifen (Art. 11.4): Angesagt ist dann eine Initiative zur Einleitung eines echten Europäischen Verfasungsprozesses mit direktdemokratischen Rechten!

Bruno Kaufmann ist Nordeuropakorrespondent des Zürcher "Tagesanzeigers" und Leiter des "Initiative and Referendum Institute Europé" in Marburg (kaufmann@iri-europe.org).

Sitzdemo vor dem isländischen Parlament Ende Januar 2009

mehr demokratie! für Österreich

Anders als in Deutschland gibt es in Österreich den bundesweiten Volksentscheid. Volksabstimmungen wurden jedoch bislang nur sehr selten zugelassen. Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, hat Direkte Demokratie in Österreich jüngst für politischen Sprengstoff gesorgt und dabei auch die Parteienlandschaft aufgewirbelt. Zur Debatte stand, ob die Österreicher künftig obligatorisch über EU-Verträge abstimmen dürfen, was aller Voraussicht nach leider nicht der Fall sein wird.
Mit Direkter Demokratie wurde in Österreich aber auch schon viel erreicht. Gegen den Willen der Regierung verhalf sie dem Land beispielsweise zu einem in der Verfassung verankerten Verbot von Stromerzeugung durch Kernenergie.

Von Erwin Leitner, Wien

Mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag wurde ein stark polarisierendes direkt-demokratisches Thema im Frühling 2008 Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung in Österreich und führte schließlich im Juli 2008 zum Bruch der Koalition von sozialdemokratischer SPÖ und konservativer ÖVP.
Wie die European Referendum Campaign (ERC) in ihrem europaweiten Vergleich betont, war Österreich damit eines der wenigen EU-Länder, in dem die Auseinandersetzung um ein Referendum über den EU-Reformvertrag breites öffentliches Interesse erreichen konnte. Dies wurde möglich, weil sich quer über das politische Spektrum mehrere Bündnisse bildeten, die kritisch über den Reformvertrag informierten und eine Volksabstimmung einforderten. *mehr demokratie!* hat die „Plattform Volxabstimmung über den EU-„Reform"-Vertrag", ein buntes Bündnis von etwa 60 Initiativen und NGOs, unterstützt. Eine nicht unwichtige Rolle beim Aufbau öffentlichen Drucks für eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag spielte die kampagnenhafte, EU-kritische Berichterstattung der Kronenzeitung, einem auflagenstarken Boulevardblatt.
Die Regierungskoalition hat sich jedoch von der breit vertretenen Forderung nach einer Abstimmung nicht beeindrucken lassen und zog die parlamentarische Ratifizierung des Lissabon-Vertrages ohne Volksabstimmung durch. Umso mehr überraschte die SPÖ wenige Wochen nach Abschluss dieser Ratifizierung – durchgebeutelt durch besonders schlechte Umfragewerte – mit einem Leserbrief an die Kronenzeitung. Demnach will die SPÖ über künftige EU-Verträge, mit wesentlichen Auswirkungen auf Österreich, Volksabstimmungen durchführen. Die ÖVP sah durch diesen Schwenk der SPÖ den pro-europäischen Konsens der Bundesregierung gefährdet und kündete in weiterer Folge die Koalition auf.
Der plötzliche Sinneswandel der SPÖ ist besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass die Haltung der beiden staatstragenden Parteien ÖVP und SPÖ von einer elite-demokratischen Sichtweise beherrscht ist, die Direkter Demokratie seit jeher sehr skeptisch gegenübersteht. Nur gelegentlich werden bei passender politischer Wetterlage Volksabstimmungen gefordert – und danach sehr rasch unerledigt wieder vergessen. In sich stimmige Konzepte zu Direkter Demokratie wurden nicht entwickelt.
Wer nach dem Leserbrief an die Kronenzeitung nun dachte, Österreicher könnten in Zukunft obligatorisch über EU-Verträge, die wesentliche österreichische Interessen berühren, abstimmen, der irrte. Das neue Bekenntnis der SPÖ zu Volksabstimmungen über EU-Verträge war überraschend gewesen, das Zurück-Rudern der Partei nach ihrem Wahlsieg bei der Nationalratswahl im September 2008 war es weniger. So will die SPÖ zwar weiterhin über den Türkei-Beitritt, nicht aber über den EU-Beitritt von Kroatien das Volk abstimmen lassen, ohne stimmig zu erklären, warum der Beitritt Kroatiens zur EU keine wesentlichen Auswirkungen auf Österreich haben soll.
Nachdem ÖVP und SPÖ wegen ihrer unterschiedlichen Positionen zu Volksabstimmungen über EU-Verträge im Sommer 2008 ihre Koalition beendet hatten, haben sich diese beiden Parteien nach der Nationalratswahl vom 28. September 2008 mit ausgewechselten Parteichefs erneut auf eine „Große" Koalition geeinigt. Festgelegt wurde nun, dass jeder Koalitionspartner verhindern kann, dass der andere direkt-demokratische Instrumente (Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung) auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene (!), ohne Zustimmung des anderen nutzt oder unterstützt.
Dieses Vetoprinzip gegen direkt-demokratische Initiativen des Koalitionspartners ist nicht auf Volksabstimmungen über EU-Verträge beschränkt, sondern erstreckt sich auf das gesamte Politikspektrum. An der Ankündigung einer Volksabstimmung über den EU-Beitritt der Türkei sowie einer Einführung europaweiter Volksabstimmungen halten SPÖ und ÖVP jedoch fest.
Obligatorische Volksabstimmungen über EU-Verträge wird es in Österreich allerdings vorerst nicht geben.

Direkte Demokratie schützt vor Kernkraft

Zwar gibt es in Österreich den bundesweiten Volksentscheid. Dieser wurde bereits in der Stammfassung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 grundsätzlich verankert. Es dauerte jedoch 38 Jahre, bis das erforderliche Ausführungsgesetz über Volksabstimmungen beschlossen wurde, sowie weitere 20 Jahre, bis die ÖsterreicherInnen 1978 das erste Mal in einer Volksabstimmung über eine Sachfrage entscheiden durften, und zwar über das Atomkraftwerk Zwentendorf.
Das Ergebnis war denkbar knapp. Bei einer Beteiligung von 64,1 Prozent hat sich eine hauchdünne Mehrheit von 50,5 Prozent mit einem Überhang von etwa 20.000 Stimmen gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf ausgesprochen. Die ÖVP, damals in Opposition gegen die SPÖ-Alleinregierung, positionierte sich gegen das Kraftwerk Zwentendorf, obwohl die ÖVP schon seit den 1960ern für die Nutzung von Atomkraft eintrat und Volksabstimmungen über dieses Thema für ungeeignet hielt.
Die SPÖ-Regierung hatte eine breite Pro-Zwentendorf-Kampagne organisiert. Die finanziellen Mittel der Atomenergie-GegnerInnen waren demgegenüber äußerst bescheiden. Der Werbefeldzug für Kernenergie hatte in den Medien jedoch gerade auch kritische Berichte über Kernenergie ausgelöst, sodass in den Monaten vor der Abstimmung eine breite mediale Diskussion stattfand. Die Tatsache, dass sich im Ergebnis dann eine enthusiastische BürgerInneninitiative gegen mächtige Interessenvertreter und gegen die Regierungspartei durchsetzen konnte, galt und gilt als bemerkenswert.

Kurz nach der Volksabstimmung 1978 wurde mit dem Atomsperrgesetz ein Verbot der Stromerzeugung aus Kernspaltung einstimmig beschlossen und später auch in der Verfassung verankert. Es gab zwar noch einzelne Anläufe, die Entscheidung gegen Atomenergie durch eine weitere Volksabstimmung rückgängig zu machen. Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 ist die Ablehnung der Atomkraft jedoch durch einen außergewöhnlich breiten Konsens der Bevölkerung gefestigt.
Kaum ein Thema hat in Österreich einen stärkeren Bezug zu Instrumenten Direkter Demokratie als Atomkraft. Neben der Volksabstimmung 1978 gab es auch einige andere Volksbegehren zur Atomenergie-Thematik.
In der näheren Zukunft könnte ein weiteres Volksbegehren der Antiatom-Bewegung zustande kommen. Nachdem sich nämlich die jahrelangen Bemühungen um eine grundlegende Reform des Euratom-Vertrags und gegen die wettbewerbsverzerrenden Subventionierungen der Atomenergie als aussichtslos herausgestellt haben, fordern Antiatom-Organisationen nun mit ihrer Kampagne „Raus aus Euratom“ den Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag (was ohne EU-Austritt möglich ist).
Die Antiatom-Bewegung hat ein breites Bündnis von etwa 50 Organisationen geschmiedet, um „Raus aus Euratom“ Nachdruck zu verleihen. Laut einer Umfrage unterstützen 78 Prozent der ÖsterreicherInnen einen Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag. Falls die SPÖ-ÖVP-Regierung die Forderung eines Ausstiegs aus dem Euratom-Vertrag nicht aktiv betreibt, wäre ein Volksbegehren der logische nächste Schritt.

Erwin Leitner ist aktiv bei mehr demokratie! für Österreich (http://mehr-demokratie.at).

Menschenkette um das Parlament in Wien bei der Demonstration der „Plattform Volxabstimmung über den EU-„Reform“-Vertrag“ 2008

Mehr Debatte wagen

Von Markus Löning und René Brosius-Linke, Berlin

Haben Sie sich schon mal eine Bundestagsdebatte im Internet angeschaut? Warum, fragen Sie? Eben! Debatten des Deutschen Bundestages gelten als wenig unterhaltsam. Ganz anders in Großbritannien. Dort erreichen jedenfalls die wöchentlichen Debatten der Prime Minister's Question Time ein breites Publikum durch die Live-Übertragungen auf BBC2. Selbst auf Internetplattformen wie YouTube werden einige Debatten später noch von über 200.000 Menschen angeschaut. Zumindest punktuell ist das britische Parlament in der Lage, wichtige politische und gesellschaftliche Fragen aus dem politischen Raum einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln.

Dem Deutschen Parlament fehlt ein solches Instrument mit großer Breitenwirkung. Zwar gibt es auch Formate, etwa die so genannte „Elefantenrunde" in den Haushaltswochen, bei denen sich Regierungschefin und (alle) Oppositionsführer gegenüberstehen. Regelmäßig finden Debatten des höchsten deutschen Parlaments jedoch nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das ist sehr bedenklich, denn es verschlechtert die Rückkopplung der Politik an den Bürger. Dies wiederum begünstigt vor allem die Exekutive. In der öffentlichen Meinung verkommt das Parlament zur Quasselbude ohne nennenswerten Einfluss, während die Regierung zum entscheidenden Akteur erwächst.

Das Parlament verliert an Bedeutung

Die Folge parlamentarischer Unterpräsenz ist bereits erkennbar. Während in früheren Zeiten insbesondere auch die Parlamentarier des Deutschen Bundestages Adressaten von Interessengruppen aller Art waren, hat der Kontakt zu Landwirtschafts-, Umwelt-, Beamten- oder wirtschaftlichen Vereinigungen spürbar nachgelassen. In einigen Bereichen, etwa im Umweltbereich oder in der Entwicklungszusammenarbeit sind ganze Sparten bereits nach Brüssel umgezogen oder sprechen am Parlament vorbei (nur noch) bei den Ministerien und im Kanzleramt vor. Politik lebt jedoch von der Rückkopplung an den Bürger und die verschiedenen Organisationen, die ihre Interessen bündeln und gegenüber dem Parlament vertreten. Wenn diese sich jedoch in ihrer Aufwand/Nutzen Entscheidung gegen das (heimische) Parlament und für die Exekutive entscheiden, ist dies ein ernstes Signal für das Parlament, über seine Rolle im Gesetzgebungsgefüge nachzudenken. Die schrumpfende Bedeutung des Parlamentes ist auch an anderen Stellen zu spüren, etwa an der sinkenden Relevanz parlamentarischer Vorhaben in den Medien oder, was sich meines Erachtens am erheblichsten auswirkt, in seiner Stellung innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens.

Mutlose Parlamentarier und nicht zeitgemäße Strukturen

Schuld daran sind mutlose Parlamentarier und verkrustete parlamentarische Traditionen. Auf der einen Seite werden Formate der politischen Auseinandersetzung konserviert, die nicht mehr mediengerecht sind. Auf der anderen Seite fehlt es an Parlamentariern, die den Mut haben, in der Vergangenheit hart erkämpfte parlamentarische Rechte auch gegenüber ihrer eigenen Regierung(smehrheit) geltend zu machen.

Vor allem in Zeiten der großen Koalition sind mutige Abgeordnete gefragt, die auch mal gegen die Meinung der eignen Fraktion das Wort erheben, denn allein oppositionelles Vorbringen ist oft vergebene Mühe. Trotz übergroßer Mehrheiten fehlt es den Mitgliedern der Regierungsfraktionen an Gelassenheit. Opponieren stellt jedenfalls eine Ausnahme dar. Besonders tragisch ist dies dort, wo es um die Rechte des Parlaments selbst geht. Ich habe zahlreiche Fälle erlebt, bei denen es erkennbar nicht an dem Willen der Bundesregierung scheiterte, dem Parlament mehr Rechte zuzugestehen, sondern an einzelnen Abgeordneten, die teils aus falsch verstandener Loyalität gegenüber ihrer Regierung, teils aus vorauseilender Loyalität mit Blick auf die eigene Karrierechancen, hart erkämpfte Rechte des Parlaments aufgaben bzw. nicht zurückerkämpft haben. Langfristig nimmt sich das Parlament mit dieser Einstellung selbst aus dem Spiel und läuft Gefahr, endgültig nicht mehr der Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sein. Es verkommt zum Handlungsgehilfen der Regierung mit Notarfunktion.

Vor allem die schwindende Rolle des Parlaments innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens bereitet Sorge, denn damit verbunden ist eine Verschiebung der Gewalten. Davon betroffen ist nicht nur die vielleicht eitle Position von Parlamentariern, sondern es hat Konsequenzen direkt für die demokratische Legitimation von Entscheidungen. Als „unbissiger" Akteur wird der Bundestag seit langem weniger und schlechter durch die Bundesregierung über ihre Tätigkeit informiert. Zudem ist regelmäßig im Vorfeld wichtiger Entscheidungen von Vertretern der Bundesregierung zu hören, dass mit einer Zustimmung „gerechnet" wird. Die Folge ist, dass dem Bundestag kaum die nötige Zeit bleibt, Entscheidungen in

angemessener Zeit zu debattieren und überlegt zu treffen. Als aktuelle Beispiele können das Bankenrettungs- oder das Konjunkturpaket dienen. Innerhalb weniger Tage werden hier Gesetzestexte durch das Legislativverfahren „geprügelt". Im Verhältnis zur Tragweite dieser Entscheidung ein nicht hinzunehmendes Verfahren. Ergebnis dieser Praxis ist, dass der Bundestag meiner Meinung nach eine absolut unzureichende Kontrollfunktion übernimmt.

Bundestag schöpft seine Möglichkeiten nicht aus

Ganz besonders deutlich wird dies im Rahmen der Mitwirkung des Bundestages an europäischer Rechtsetzung. Die deutsche Rechtsordnung hat sich durch die Integration in das supranationale Gebilde der Europäischen Union geöffnet. Die Bundesregierung tritt in vielen Bereichen etwa der Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch der Umwelt- oder der Innen- und Justizpolitik in den entsprechenden Ministerräten als Vertreter der Legislative auf. Bereiche der Gesetzgebung, die innerhalb Deutschlands der Legislative zustehen, werden dort „stellvertretend" durch die Exekutive wahrgenommen. Begrenzt wird die Vertretungsmacht der Bundesregierung dabei nur von dem Gebot der Subsidiarität (Art. 23 Abs. 1 GG), sowie der möglichen (aktiven) Mitwirkung der Legislative. Diese jedoch, so hat es den Anschein, hat die ihr seit gut 16 Jahren neu zugewiesene Rolle immer noch nicht ausreichend erkannt und angenommen, denn wie gesehen, findet kaum eine Kontrolle statt. Wenn die Legislative ihre gebotene Mitwirkung nicht wahrnimmt, führt dies jedoch nicht mehr wie in früheren Jahrzehnten dazu, dass Rechtsetzungsvorhaben liegen bleiben, sondern dass andere (auf europäischer Ebene) entscheiden.

Um dies nochmal zu verdeutlichen: Nach einer Erhebung des Europaausschusses für die 15. Wahlperiode (2002-2005) hat der Bundestag den Großteil europäischer Vorlagen lediglich zur Kenntnis genommen. Gerade mal zu 62 von insgesamt 2213 Vorlagen hat der federführende Ausschuss eine Beschlussempfehlung und einen Bericht abgegeben. Der Anteil an Stellungnahmen betrug damit lediglich 2,8 %. In der 14. Wahlperiode (1998-2002) betrug dieser Wert noch 3,3 % und in der 13. Wahlperiode (1994-1998) sogar noch 5,6 %. Auch der aktuelle Zwischenbericht für die laufende Wahlperiode offenbart in seiner Ausgabe vom 9. Dezember 2008, einen Prozentsatz von ca. 2,2 Prozent. Mit zunehmender Integration nimmt also die Mitwirkung des Bundestages ab. Zugegeben, nicht jede Vorlage bedarf einer Stellungnahme. Aber diese Zahlen sprechen für sich.
Empirisch betrachtet, liegt die „Gefahr", dass der Bundestag in die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene eingreift somit bei etwa zwei Prozent. In allen anderen Fällen bleibt die Bundesregierung weitestgehend unbelästigt. Inwieweit die Begrenzung des Art. 23 Abs. 1 GG – maßgeblich die Subsidiarität – in der Praxis eine echte Begrenzung bildet, lasse ich an dieser Stelle dahinstehen. Jedenfalls die wesentlich dynamischere Begrenzung durch die Mitwirkung des Parlaments fällt derzeit fast vollständig aus.

Vorschläge der FDP im Deutschen Bundestag

Um diesem Problem abzuhelfen, haben wir als FDP-Bundestagsfraktion immer wieder darauf gedrängt, dass die Parlamentarier ihre Rechte wahrnehmen. Ob es im Einzelfall um eine millionenschwere Zustimmung zur Errichtung fragwürdiger europäischer Agenturen ging, oder um Haushaltsfragen. Wir haben die Kollegen der Koalition immer wieder aufgefordert ihre Möglichkeiten wahrzunehmen, und sie auch daran erinnert, dass späteres Schimpfen auf Brüssels Bürokratie der falsche Weg ist.

Auch als es um das Verhandlungsmandat für den Vertrag von Lissabon selbst ging, war es die FDP-Fraktion, die auf eine Zustimmung des Bundestages drängte, bevor die Bundesregierung die Regierungsverhandlungen in Brüssel aufnahm. Die Regierungsfraktionen lehnten eine Befassung des Bundestages selbst in dieser zentralen Frage ab. Fraktionsintern haben wir uns auf eine aktive und frühzeitige Beteiligung an europäischer Rechtssetzung umgestellt. Unsere parlamentarische Kontrollfunktion setzt bereits dann ein, wenn Entwürfe der Kommission das Licht der Welt erblicken. Dazu haben wir eine eigene Querschnitts-AG eingerichtet, die gemeinsam mit unseren Kollegen aus dem Europäischen Parlament regelmäßig fachübergreifend tagt.

Aktuell versuchen wir im Parlament die Einrichtung einer Europafragestunde (BT-Drs. 16/8080) durchzusetzen. Dabei soll die Bundeskanzlerin nach jedem Europäischen Rat den Parlamentariern Rede und Antwort stehen. Mit spontanen Fragen, spontanen Antworten und Live-Übertragung im Fernsehen. Auf diese Weise könnte ein Fenster zur Öffentlichkeit geöffnet werden, das nicht nur frischen Wind in die politische Debatte, sondern auch Europa dem Bürger näher bringt. Wir stellen nicht die europäische Integration in Frage, sondern wollen mit vielen kleinen Justierungen das Kräftegleichgewicht innerhalb des Kompetenzgefüges wieder herstellen. Vielleicht werden dann doch einige auf die Idee kommen, sich die eine oder andere Debatte im Fernsehen oder im Internet anzuschauen.

Markus Löning ist Europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Landesvorsitzender der FDP Berlin. René Brosius-Linke ist Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Markus Löning.

Diskussion

Sowohl zum kommunalen Ausländerwahlrecht als auch zur Frage einer Absenkung des Wahlalters hat sich Mehr Demokratie bis jetzt noch auf keine gemeinsame Position geeinigt. Deshalb ist Diskussion geboten, auch mit Blick auf die nächste Mitgliederversammlung im März.
Zum kommunalen Ausländerwahlrecht wurde auf der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2008 ein Meinungsbild abgestimmt. Mit drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen war eine sehr deutliche Zustimmung zur Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts das Ergebnis. An dieser Stelle werden nun eine befürwortende und eine ablehnende Position zu Wort kommen, um die Diskussion fortzuführen.
Das Für und Wider einer Absenkung des Wahlalters wird in vier Beiträgen erörtert. Auf der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2008 wurde beschlossen (bei 12 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen), dass MD grundsätzlich für eine Absenkung des Wahlalters ist, dass aber, bevor weitere Beschlüsse gefasst werden, eine Diskussion in der ZfDD stattfinden soll. Alle folgenden Beiträge sind von Mehr-Demokratie-Mitgliedern verfasst, um einen Meinungsbildungsprozess innerhalb des Vereins zu gewährleisten.

Kommunales Ausländerwahlrecht

Besser gleich Staatsbürger werden als nur das Wahlrecht bekommen

Das Demokratieprinzip verlangt nicht zwangsläufig das kommunale Ausländerwahlrecht

Von Dr. Jens Kuhlemann, Berlin

Dr. Jens Kuhlemann, Vorstandsmitglied Mehr Demokratie

Die gute Nachricht vorweg: Man kann Demokrat sein und trotzdem vernünftige Argumente gegen das kommunale Ausländerwahlrecht finden. Zentral ist hierbei die Definition des Demokratiebegriffes: Wer gehört zum „Demos“, zum souveränen „Volk“? Die Befürworter des kommunalen Ausländerwahlrechts, zumindest die meisten in unserem Verein, meinen, dies wären alle Menschen, die mit erstem Wohnsitz in einer Gemeinde leben, sofern sie ein Mindestalter erreicht haben und über einen bestimmten Aufenthaltstitel verfügen. Die Rechtswissenschaft geht dem gegenüber davon aus, dass mit dem „Demos“ nur die Staatsbürger gemeint sind. Dem entsprechend stoppte das Bundesverfassungsgericht 1990 die Verleihung des Wahlrechts an Nicht-Staatsbürger, da dies gegen das Demokratieprinzip verstoßen hätte und gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl, weil der Kreis der Wahlberechtigten unzulässig erweitert worden wäre. Das Grundgesetz beschränkt das Wahlrecht demnach auf deutsche Staatsbürger, von denen auch auf kommunaler Ebene alle Staatsgewalt ausgeht.

Eine Ausnahme gilt seit 1996 nur für EU-Ausländer, und das auch nur im Rahmen einer Gegenseitigkeitsregelung: Das heißt, dass die Staatsbürger anderer EU-Länder in deutschen Gemeinden wählen dürfen, weil im Gegenzug alle Deutschen in diesen EU-Ländern ebenfalls das kommunale Wahlrecht besitzen. Darüber hinaus besitzen alle Bürger der Europäischen Union neben ihrer nationalen Staatsangehörigkeit zusätzlich die Unionsbürger-

schaft der EU. Die Entstehung eines europäischen „Demos“ rechtfertigt zusätzlich die Verleihung des kommunalen Wahlrechts an EU-Ausländer. Hier finden sich also bedeutsame Unterschiede zu anderen Ländern, deren Staatsbürger in Deutschland leben. Denn sowohl die Schaffung einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit als auch eine Gegenseitigkeitsregelung in Bezug auf das Wahlrecht sind momentan von keinem Land außerhalb der EU zu erwarten. Eine Staatsbürgerschaft ist der in eine Rechtsform gegossene Ausdruck einer gemeinsamen Identität ihrer Teilhaber. Sie erkennen einander als Gleiche an – gleich an Rechten und gleich an Pflichten – und üben gemeinsam in Wahlen und Abstimmungen die politische Souveränität aus. Staatsbürger unterscheiden sich deshalb von den sonstigen Einwohnern, d.h. von denjenigen, die ebenfalls mal kürzer, mal länger in einem bestimmten Land leben, aber die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes besitzen.

Was nun das Wahlrecht anbelangt, treffe ich in diesem Zusammenhang ebenso wie das bereits erwähnte Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts keine Unterscheidung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wenn gleichzeitig das Prinzip gelten soll, dass von politischen Entscheidungen Betroffene auch an deren Zustandekommen beteiligt werden, müssten Ausländer neben dem kommunalen konsequenterweise auch das Landes- und Bundestagswahlrecht erhalten. Die auf der jeweiligen Ebene getroffenen Maßnahmen betreffen diese Menschen schließlich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, genauso wie Deutsche. Eine so weitgehende Forderung erheben jedoch selbst die vereinsinternen Befürworter eines Ausländerwahlrechts nicht.

Der Weg zum Wahlrecht führt daher über die Einbürgerung und die damit verbundene Erlangung der politischen Teilhabe auf allen Ebenen. Allerdings wollen viele Ausländer ihre alte Staatsangehörigkeit überhaupt nicht ablegen. Die Gründe dafür sind mehrschichtig: Neben einer emotionalen Bindung an das Herkunftsland spielen oft bürokratische Hindernisse eine Rolle. So kommt es vor, dass ein Land niemanden aus der eigenen Staatsbürgerschaft entlässt oder abtrünnigen Landeskindern mit dem Verlust von erb- und eigentumsrechtlichen Vorteilen droht. Ein anderes Land lässt doppelte Staatsbürgerschaften nur in Ausnahmefällen zu, so dass auch aus diesem Grund viele vor dem weitreichenden Schritt des kompletten Wechsels der Staatsangehörigkeit zurückschrecken. Hinzu kommen die einbürgerungswilligen Ausländer, die für die Erlangung der neuen Staatsbürgerschaft nicht leicht zu nehmende Hürden überwinden müssen und manchmal daran scheitern. Dazu gehören nach geltender Rechtslage zum Beispiel Gebühren, legale Mindestaufenthaltsdauer, wirtschaftliche Selbständigkeit, Straflosigkeit und Sprachkenntnisse. Über die Ausgestaltung dieser Hürden kann man im Einzelnen gerne streiten. Sie haben aber mit dem Wahlrecht nichts zu tun und auch nichts mit den Zielen unseres Vereins. Das deutsche Wahlrecht zu ändern, weil andere Länder, die unseren Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat nicht entsprechen, ein schlechtes Staatsbürgerschaftsrecht besitzen, verbietet sich von selbst. Auch die Fehler der deutschen Einwanderungspolitik durch eine isolierte Änderung unseres Wahlrechts wettzumachen, ist der falsche Ansatz, um eine bessere Integration von Migranten zu erreichen. Denn eine juristische oder auch zwischenmenschliche Anerkennung als Gleiche unter Gleichen geht allein durch die Möglichkeit, Bürgermeister und Gemeinderat wählen zu dürfen, noch lange nicht einher.

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist hier deutlich umfassender und zielführender. Besondere Bedeutung messe ich dabei der Beherrschung der Landessprache bei, die essentieller Bestandteil der Einbürgerung ist. Gerade im politischen Willensbildungsprozess kommt es schließlich entscheidend darauf an, verschiedene Meinungen feststellen, hinterfragen und miteinander vergleichen zu können. Dies sollte natürlich aus erster Hand möglich sein, um die Gefahr von vorenthaltenen oder tendenziös wiedergegebenen Informationen einzuschränken. Wie aber kann man jemanden als Gleichen ansehen, mit dem man sich nicht einmal unterhalten kann? Wenn Menschen ihre Stimme für Kandidaten und Parteien abgeben, von deren Programm sie sprachlich kaum ein Wort verstehen, würden wir unserer Demokratie einen Bärendienst erweisen. Diesen Missstand muss man auch am pauschal gewährten Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer kritisieren.

Man sollte abschließend das kommunale Ausländerwahlrecht in seiner potentiellen Wirkungsmacht nicht überbewerten. Bereits die Wahlbeteiligung von EU-Ausländern an Kommunalwahlen ist nicht besonders hoch und man darf skeptisch sein, ob sich andere Migranten deutlich mehr für Kommunalpolitik interessieren. Natürlich muss man überlegen, was der Staat im Rahmen seiner Möglichkeiten tun kann, um eine bessere Partizipation von Ausländern am politischen Willensbildungsprozess zu fördern. Doch wer in einem bestimmten Land seinen Lebensmittelpunkt hat und wählen will, kann und soll die Staatsbürgerschaft dieses Landes erwerben. Dies ist der bessere Weg, um dauerhaft in Deutschland lebende Migranten zu integrieren und sie zum umfassend gleichberechtigten Teil des Souveräns zu machen.

Schweizer und Türken sind nicht dümmer als Österreicher und Bulgaren

Für ein kommunales Ausländerwahlrecht

Von Paul Tiefenbach, Bremen

Paul Tiefenbach ist Mitarbeiter von Mehr Demokratie in Bremen und Leiter des Arbeitskreises Wahlrecht.

Das Ausländerwahlrecht haben wir längst, nur hat es fast keiner gemerkt. Schon im Maastricht-Vertrag 1992 wurde festgelegt, dass Zuwanderer aus anderen Staaten der Europäischen Union ein kommunales Wahlrecht bekommen. Alle Befürchtungen, zum Beispiel dass sich Ausländerparteien bilden würden, erwiesen sich als unbegründet. Jetzt geht es um die Frage, ob auch Zuwanderer aus Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, das kommunale Wahlrecht bekommen sollen. In einigen Ländern gibt es das schon. So dürfen beispielsweise in Schweden und Dänemark alle kommunal mitbestimmen, die sich seit drei Jahren legal im Land aufhalten. Ich bin dafür, dass sich Mehr Demokratie für diese Regelung in Deutschland einsetzt.

Für Deutsche in Deutschland gibt es bekanntlich Freizügigkeit bei der Wohnortwahl. Ein Bayer, der nach Bremen zieht, wird dort nicht als „Gast“ angesehen, der bald wieder verschwindet, sondern er erhält natürlich die gleichen Rechte wie ein gebürtiger Bremer. Diese Freizügigkeit besteht inzwischen in der ganzen Europäischen Union. Jeder Unionsbürger kann in jeden beliebigen Ort der Europäischen Union ziehen. Sie haben die gleichen Zuzugsrechte wie Deutsche, daher ist es richtig, dass sie auch zumindest auf kommunaler Ebene die gleichen Mitbestimmungsrechte haben. Wäre dem nicht so, würde sich in der EU bald eine große Gruppe von Menschen ohne Kommunalwahlrecht bilden. Wenn nun Deutschland diese Freizügigkeit auf Länder außerhalb der EU ausweitet und zum Beispiel Schweizern und Türken den Zuzug ermöglicht, sollten diese nicht schlechter gestellt sein. Warum soll ein Österreicher den Stadtrat etwa von Bremerhaven mitwählen dürfen, ein Schweizer aber nicht? Warum soll ein Rumäne oder Lette wählen dürfen, der Türke aber nicht? Der Vorschlag, Ausländer brauchten doch nur die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, um alle politischen Rechte zu bekommen, geht an der Realität vorbei. Der Wechsel der Staatsbürgerschaft ist ein komplizierter und übrigens auch teurer Vorgang, der in Deutschland zum Beispiel acht Jahre Aufenthalt im Land voraussetzt. Viele Leute ziehen aber mehrmals im Leben von einem Land ins andere. Zum Beispiel der Deutsche, der in England oder der Schweiz arbeitet. Mit 65 zieht er in sein Ferienhaus nach Mallorca. Mit 80 kommt er zurück nach Deutschland, um in ein Pflegeheim zu gehen. Er wird nicht jedes Mal die Staatsbürgerschaft wechseln.

Sicherlich wäre es für die Qualität der politischen Entscheidung wünschenswert, wenn Leute länger an einem Ort leben würden, um die Verhältnisse besser kennen zu lernen und die Landessprache zu erlernen. Wie soll jemand politisch mitentscheiden, der die Sprache gar nicht versteht? Allein, die Realität ist nicht so. Würde man das Erlernen der Landessprache zur Bedingung für ein kommunales Ausländerwahlrecht machen, wären die Meisten weiterhin vom kommunalen Wählen ausgeschlossen. Ich kenne viele Deutsche, die in Spanien und Portugal leben. Nur ein kleiner Teil von ihnen macht sich die Mühe, die Landessprache zu lernen und statt dem deutschen Fernsehen über Satellit tatsächlich die ansässigen fremdsprachigen Sender zu sehen. Trotzdem sind viele auch kommunalpolitisch informiert, nämlich durch deutschsprachige Lokalzeitungen, die auch in Spanien an vielen Orten erscheinen, und durch Gespräche mit anderen Deutschen. Sie zahlen dort Steuern und haben oft auch Häuser. Sie wollen über Fragen wie zum Beispiel den Bau einer Autobahn oder eines Einkaufszentrums mitbestimmen – zu Recht.

Genau so sollten aber Schweizer und Türken das Recht bekommen, bei kommunalen Angelegenheit an ihren deutschen Wohnorten mitzureden. Die Grenzen sind offener geworden und die Menschen flexibler - ein Effekt der Globalisierung. Die Demokratie muss sich auf diese geänderte Situation einstellen, indem sie politische Rechte und Staatsbürgerschaft ein Stück weit entkoppelt.

Senkung des Wahlalters

Wählen ab 16

Von Torsten Sterk, Köln

Deutschland diskutiert über die Wahlaltersgrenze und damit über eine Demokratiefrage. Das ist gut so, denn damit wird auch diskutiert, was einen mündigen Bürger ausmacht und wie man Menschen bei ihrer Wahlentscheidung helfen kann.

Generell zeichnet sich eine Senkung der Wahlaltersgrenze auf 16 Jahre ab. Diese ist bei Kommunalwahlen vielfach schon Realität, es mehren sich die Stimmen, die eine Wahlaltersenkung auf 16 auch bei anderen Wahlen fordern. In Österreich ist dies bereits Praxis. In der direkt-demokratischen Schweiz hat hierbei wie so oft das Volk das letzte Wort. Deshalb konnten die Basler am 8. Februar darüber abstimmen, ob im Kanton zukünftig auch 16jährige wählen dürfen.

Die Gesellschaft spricht Jugendlichen mehr Verantwortung zu als Kindern. In der Jugendphase liegen etwa das Ende der allgemeinen Schulpflicht, der Eintritt der beschränkten Geschäftsfähigkeit, der Strafmündigkeit und der Religionsmündigkeit.
Junge Menschen treffen in dieser Zeit bereits Entscheidungen über ihre schulische und berufliche Zukunft und werden auch an Entscheidungen in ihren Familien immer stärker beteiligt.

Ob ein Mensch zum verantwortlichen Handeln fähig ist, ist weniger eine Frage des Alters oder der Lebenserfahrung, als eine der Persönlichkeit und der Bildung. Dies ist das Hauptargument für eine Gleichbehandlung Jugendlicher und Erwachsener im Hinblick auf Wahlen. Eine Absenkung des Wahlalters muss natürlich mit einer verbesserten und früher einsetzenden politischer Bildung einhergehen. Können Jugendliche wählen, wird das Unterrichtsfach Gesellschaftskunde auch gleich viel spannender. Durch Jugendgemeinderäte und -parlamente könnten junge Menschen politisches Handeln praktisch erleben und lernen.

Letztlich ist jede Wahlaltersgrenze willkürlich. Wer eine stärkere Einbeziehung Jugendlicher in politische Belange erreichen möchte, sollte aber pragmatisch den Weg zu einem kurzfristig erreichbaren Ziel beschreiten. Wo vielfach schon ab 16 Jahren gewählt wird, ist der Widerstand zur Ausweitung dieser Wahlaltersgrenze geringer als bei einer Festsetzung etwa auf 14 Jahre. Zudem lässt sich in der politischen Arbeit eine einheitliche Wahlaltersgrenze sehr viel besser kommunizieren und erklären als etwa eine Staffelung je nach zu wählendem Parlament. Wer eine solche Staffelung will, muss sonst vielleicht oft erklären, warum er Jugendlichen bei Kommunalwahlen mehr über den Weg traut als bei Bundestagswahlen. Oder warum die kommunale Demokratie scheinbar weniger schützenswert ist als die auf Bundesebene.

Insofern plädiere ich dafür, dass Mehr Demokratie sich für eine einheitliche Wahlaltersgrenze von 16 Jahren ausspricht.

Thorsten Sterk ist Pressesprecher von Mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen.
Hier sammelt er Unterschriften für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ in Thüringen im vergangenen Jahr.

Vom Verschwinden der Kindheit

Für ein Wahlrecht ab 18

Von Klaus-Dieter Schwettscher, Hamburg

Es scheint fortschrittlich zu sein, eine Absenkung des Wahlrechts auf 16 oder gar 14 Jahre zu fordern. Aber ist diese Forderung auch kind- bzw. sachgerecht und angemessen? Oder ist sie eher der (unangemessene) Versuch von Erwachsenen, sich zu profilieren und sich neue Wählerschichten zu erschließen?

Jegliches Recht ist in unserer Kultur auch mit einer Pflicht untrennbar verkoppelt. Wäre es das nicht, wäre es seines Wertes entledigt. Zur Pflicht der Wählenden gehört es, sich über die Absichten der zu Wählenden zu informieren und ihr bisheriges Tun zu beobachten und zu bewerten. Findet eine solche Teilnahme am politischen Leben nicht einmal in Ansätzen statt, ist ein Wahlrecht nichts wert. Deshalb wird eine sinkende Wahlbeteiligung zum Damoklesschwert über der repräsentativen Demokratie. Unter anderem aus diesem Grund kämpft Mehr Demokratie für mehr Transparenz im Wahlrecht und für mehr Mitbestimmung in einzelnen Sachfragen durch Bürger- und Volksentscheide. Direkte Demokratie funktioniert aber auch nur dann gut, wenn sich die Wahlberechtigten noch mehr als bei einer Parlamentswahl engagieren. Erfreulicherweise sind die Menschen dazu bereit.

Aber sollten Probleme der repräsentativen Demokratie, nämlich ihre schwindende Legitimationsbasis durch sinkende Wahlbeteiligung dadurch behoben werde, dass einfach die Zahl der Wahlberechtigten erhöht wird und damit auch die Zahl der Wählenden, also Legitimierenden, steigt? Einmal davon abgesehen, dass dieser Schuss, statistisch gesehen, grandios nach hinten losgehen würde, ist er bei der Wahlrechtsaltersabsenkung auch nicht sachgerecht. Das Recht auf Wahrnehmung einer Staatsbürgerpflicht ist aus gutem Grund an gesellschaftliche Indikatoren, z.B. die Volljährigkeit, gebunden. Es wurde Konsens darüber hergestellt, dass mit Vollendung des 18. Lebensjahres in der Regel die persönliche Reifung so weit fortgeschritten ist, dass Menschen dann in der Lage sind, ihre Verantwortung bei der Wahl eines Bundestages zu begreifen. Es ist nicht durch empirische Studien belegt, dass dieser Reifeprozess heutzutage schneller geht, als vor 30 Jahren.

Auch unser Bildungssystem ist nicht in der Lage, die notwendigen und sinnvollen Einführungen in das System der politischen Meinungsbildung mal so eben zwei oder gar vier Jahre früher zu vermitteln - vom Verständnis von Ursache und Wirkung politischer Prozesse ganz zu schweigen. Es gibt empirische Belege dafür, dass die Lernfortschritte beim Verstehen politischer Zusammenhänge bei Heranwachsenden mit zunehmendem Alter exponentiell steigen. Genauso ist empirisch belegt, dass mangelnde (emotionale und/oder intellektuelle) Reife extrem empfänglich macht für jegliche Form von Manipulation – und das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Für 14jährige Schülerinnen und Schüler gibt es einfach wichtigere und altersgemäßere Lernziele, die nicht verdrängt oder gar aufgegeben werden sollten. Es gibt in unserer Gesellschaft schon genug Tendenzen, Kinder ihrer Kindheit zu berauben, indem ihnen vorzeitig Verantwortung übertragen wird. Diese Fehlentwicklung hat maßgeblich zu den allseits bekannten und beklagten Problemen in unseren Schulen geführt. Wir sollten diese Überforderung und Überschätzung unserer Kinder, der Eltern und des Systems Schule nicht noch potenzieren.

Klaus-Dieter Schwettscher ist Mitglied des Bundesvorstandes. Hier im Gespräch mit Vorstandssprecher Gerald Häfner (links).

Ein Antragswahlrecht - die bessere Lösung

Von Johannes Gehrs, Hamburg

Wählen? Politische Partizipation? Sechzehnjährige haben andere Sorgen. Sie sind mit sich beschäftigt, mit der Entdeckung des anderen Geschlechts, mit neusten Mode- und Musiktrends, mit Schule und mit Akne. Gegenüber der Gesellschaft und dem Staat im Allgemeinen legen Jugendliche eine bemerkenswerte Naivität und Ignoranz an den Tag. Laut Shell-Jugendstudie 2006 bezeichnen sich nur 39 Prozent der Jugendlichen überhaupt als „politisch interessiert", und hier werden immerhin Zwölf- bis Fünfundzwanzigjährige befragt. Der Verfechter einer allgemein niedrigeren Altersgrenze muss der Realität in die Augen sehen, dass ein erheblicher Anteil der Sechzehnjährigen von Politik weder etwas wissen will, noch etwas versteht.

Aber die anderen, die politisch Interessierten, die reifen Jugendlichen - so argumentieren die Befürworter eines früheren Wahlrechts - würden ganz und gar ungerechtfertigt ihres Wahlrechts beraubt. Viele von Ihnen seien besser informiert als der Durchschnittswähler und weitaus engagierter. Sicher haben die Befürworter eines Wahlrechts für Sechzehnjährige damit recht. Nur, wo aufhören? Die Festlegung auf ein bestimmtes Wahlrechtsalter ist eine Entscheidung, die immer ein bestimmtes Maß an Willkür enthält – folgerichtig fordern einige Mitglieder von Mehr Demokratie noch niedrigere Einstiegsalter. Das Argument eines „Inklusionismus" wird hier stärker betont. Lieber solle die fähige Minderheit wählen, als die dumme Mehrheit daran gehindert werden.

Über den dreizehnjährigen Wilhelm von Humboldt wird berichtet, er habe Französisch, Griechisch und Latein sicher beherrscht, die Lehre der Philosophie und Rechtswissenschaft, die er täglich genoss, habe universitäres Niveau besessen. War der kleine Wilhelm fähig zu wählen? Und wenn ja, folgt daraus, dass alle Dreizehnjährigen wählen dürfen sollen? Alexander von Humboldt bearbeitete übrigens den gleichen Lehrstoff. Er war elf.

Der Inklusionismus der Befürworter eines Wahlrechts für Jugendliche führt in eine Sackgasse, weil sie versuchen, den individuellen Begabungen und Interessen Jugendlicher mit einer verbindlichen Pauschalentscheidung zu begegnen. Ein Stellvertreterwahlrecht wird diesem Problem überhaupt nicht gerecht. Doch was ist die Alternative?

Die Alternative ist ein individuelles Wahlrecht auf Antrag. Wer als Fünfzehnjähriger genug Interesse und Engagement aufbringt, sich zum Amt zu begeben, und einen Antrag auf das Wahlrecht zu stellen, der erhält es. Wer dazu keine Lust hat, lässt es bleiben. Durch die minimale Hürde erreicht man einen Filtermechanismus, der viele Uninteressierte außen vor lässt. Mit 18 Jahren beginnt wie gewohnt das allgemeine Wahlrecht, und wer bis dahin nicht gewählt hat, merkt spätestens an der Benachrichtigungskarte, dass sich etwas verändert hat. Sicher ist ein individualisiertes Antragswahlrecht nicht die Antwort auf alle Aspekte der politischen Desintegration Jugendlicher. Besser als eine eindimensional geführte Altersdebatte ist es allemal.

Johannes Gehrs ist Mitglied bei Mehr Demokratie.

Für ein gestaffeltes Wahlalter

Von Paul Tiefenbach, Bremen

Mit 18 Jahren wird man in Deutschland volljährig. Damit sind wichtige Rechte verbunden, wie zum Beispiel zu heiraten, allein in eine Kneipe zu gehen oder Zigaretten zu kaufen. Anders herum gesagt: einem 16-Jährigen traut der Staat nicht genügend Reife zu, um über diese Dinge alleine zu entscheiden. Richter gehen noch weiter und verurteilen die meisten Straftäter zwischen 18 und 21 Jahren noch nach dem Jugendstrafrecht, weil sie selbst diese Altergruppe nicht als vollverantwortliche Erwachsene ansehen. Autofahren darf man mit 18, aber der Führerschein für große Motorräder darf erst mit 20 Jahren erworben werden. Es hat sich gezeigt, dass jüngere Verkehrteilnehmer zu unrealistischer Einschätzung von Risiken und eigenen Fähigkeiten neigen. Für den Omnibusführerschein muss man gar 21 Jahre alt sein. Und, Hand aufs Herz, würde man sich wirklich beruhigt in einen Reisebus setzen, den ein 14-Jähriger steuert, auch wenn dieser die Bögen der Führerscheinprüfung richtig ausgefüllt hat und sich selbst als reif genug einschätzt? Aber sollte man Jugendliche, denen man all das nicht zutraut, die

wichtigsten politischen Dinge mitbestimmen lassen? Wohl kaum. Zu einer richtigen Entscheidung gehören Kenntnisse und Erfahrungen. Die können bei Jugendlichen nicht in dem Maß vorhanden sein, wie bei Erwachsenen. Das Wahlrecht für den Bundestag sollte an die Volljährigkeit gekoppelt bleiben.
Beim Kommunalwahlrecht sollte das Wahlalter aber gesenkt werden. Erinnern wir uns noch mal an die Führerscheinprüfung. Der Gesetzgeber ist zu Recht der Meinung, dass Fehlentscheidungen beim Führen eines Leichtmotorrads nicht so gravierende Folgen für Fahrer und Umgebung haben wie am Steuer eines Schwerlastwagens und lässt den Führerschein auf niedrigster Stufe schon mit 15 Jahren zu.
Dieses Prinzip des schrittweisen Hereinwachens in die Verantwortung findet sich in vielen Bereichen unseres Rechtssystems. Die erste, sehr begrenzte Stufe der „Geschäftsfähigkeit“ wird schon 7-Jährigen zugestanden, mit zunehmendem Alter kommen stufenweise immer mehr Rechte hinzu, während „uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit“ erst mit der Volljährigkeit gegeben ist. Ähnlich beim Strafrecht: von 14 bis 17 Jahren gibt es ein Jugendstrafrecht, für 18- bis 20-Jährige gelten schon viele Elemente des Erwachsenenstrafrechts, was aber voll erst bei den über 20-Jährigen angewandt wird.
Ähnlich sollte beim Wahlrecht verfahren werden: ab 14 Jahre auf kommunaler Ebene, ab 16 in den Ländern und mit 18 das Wahlrecht für Bundestag und Europaparlament. Ob man für Parkplätze ist oder eher für Sportplätze, ist schlechterdings einfacher zu entscheiden als die Frage, ob der Neoliberalismus oder eher der Keynesianismus das geeignete Rezept zur Lösung der Wirtschaftskrise bereithält. Und einen großen Vorteil hat das Wahlrecht ab 14 auf jeden Fall: Die erste Wahl fällt in die Schulzeit. Die Lehrer können die Schüler vorbereiten, ihnen zeigen, wie man sich informiert und wie man sich ein Urteil bildet.

Paul Tiefenbach ist Mitarbeiter von Mehr Demokratie im Bremer Büro und Leiter des Arbeitskreises Wahlrecht.

Berlin! Berlin! Wir fahren nach Berlin!

Von Daniela Beer, München

Es ist wieder soweit: Für den 20./21. März organisiert Mehr Demokratie eine Fahrt nach Berlin. Höhepunkt dieses Trips wird ein Parlamentseminar im Deutschen Bundestag sein. Dort haben wir die Möglichkeit, zusammen mit Abgeordneten und Referenten aller Fraktionen über das Thema direkte Demokratie zu diskutieren. Natürlich wird es auch genügend Gelegenheit geben, Berlin näher kennen zu lernen. Neben einer Führung durch das Parlaments- und Regierungsviertel stehen verschiedene Museen und Ausstellungen zur Auswahl. Die gemütliche Seite des Aufenthalts wird selbstverständlich auch nicht zu kurz kommen. Abends wollen wir gemeinsam essen und danach vielleicht noch das Berliner Nachtleben erkunden.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt auf 35 Personen. Anmeldung bitte bis Donnerstag, 5.3.09.
Voraussichtliches Programm:
Donnerstag, 19.3.09: Anreise am Abend
Freitag, 20.3.09:
•8.00 Uhr Beginn des Parlamentseminars. Gespräch mit Referenten des Besucherdienstes über Arbeitsweise des Bundestages, Gespräch mit Abgeordneten/Referenten aller Fraktionen zum Thema „Direkte Demokratie“.
•Einladung zum Mittagessen
•Führung durch Reichstag und Kuppel
•14.00 Uhr Ende des Parlamentseminars
•Nachmittag: verschiedene Ausstellungen/Museen
•Gemeinsames Abendessen
Samstag, 21.3.09:
•11.00 Uhr Stadtführung, Rundgang durch das neue Parlaments- und Regierungsviertel
•Gemeinsames Mittagessen
•Freier Nachmittag zur Erkundung der Stadt

Teilnehmerbeitrag (2 ÜF inkl. Stadtführung):
EZ im Hotel: 105 Euro - DZ im Hotel: 80 Euro - DZ im Hostel: 60 Euro - 4-Bett-Zimmer im Hostel: 55 Euro
Anreise sowie Verpflegung (außer Freitag Mittag) sind nicht enthalten.
Nähere Informationen und Anmeldung unter
www.mehr-demokratie.de/berlin-fahrt.html
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de
oder telefonisch unter 030 42082370.

Einladung zur Bundesmitgliederversammlung

28. März 2009 in Kassel

Liebe Mitglieder und Interessenten,

wir laden Sie herzlich zur Bundesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in der AWO in Kassel, Beginn 11 Uhr, Ende 18 Uhr, ein.

Gemeinsam starten wir die bundesweite Kampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz!“. Gerald Häfner, unser Bundesvorstandsprecher, wird hierzu mit dem Vortrag „60 Jahre Grundgesetz, das uneingelöste Versprechen“ einleiten.

Die nachfolgende Tagesordnung kann aufgrund der Vorgaben des Vereinsrechts nicht mehr um weitere Anträge ergänzt werden (hierzu bestand – wie in der letzten Zeitschrift angekündigt – Gelegenheit bis zum 10. Februar 2009). Alle angemeldeten Teilnehmer erhalten die schriftlichen Vorlagen eine Woche vor der Mitgliederversammlung.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Für den Vorstand
Claudine Nierth und Roman Huber

Tagesordnung:

1. Begrüßung

1.1. Formalia
- Beschluss des Protokolls der letzten MV vom 18./19. Oktober 2008
- Termine
- „Volksentscheid ins Grundgesetz“ Vortrag von Gerald Häfner

2. Politisches
- Bericht und Diskussion zur aktuellen Lage und zur Bundeskampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz“
- Berichte aus den Landesverbänden (vor allem Hamburg und Thüringen)

Wahlrecht:
- Senkung des Wahlalters
- Kommunales Ausländerwahlrecht
- Wahlrechtsänderung zur Vermeidung von Überhangmandaten

3. Anträge
- Antrag auf Satzungsänderung von Frank Borgmann: In §4 Zweck des Vereins sollen die Punkte 3 und 4 gestrichen werden.
Punkt 3: Der Verein ist parteipolitisch neutral. Er verfolgt keine politischen Zwecke im Sinne der eindeutigen Beeinflussung der politischen Meinungsbildung oder der Förderung von politischen Parteien.
Punkt 4: Der Verein strebt die Zusammenarbeit mit anderen an ähnlichen Themen arbeitenden Organisationen an.

4. Verein
- Jahresabschluss der Bundesfinanzen 2008 (der vollständige Jahresabschluss inklusive aller Landesverbände wird auf der Herbst-MV vorgelegt)
- Finanzplanung für 2009
- Bericht zur Entwicklung des Mitgliederwachstums bei Mehr Demokratie von Tim Weber
- Aufteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen Bund- und Landesverbänden

5. Sonstiges

Anmeldungen bis 19. März 2009 an:
Claudine Nierth
Spiekerhörn 15
25335 Raa-Besenbek
Tel. 0178 – 8 377 377
claudine.nierth@mehr-demokratie.de

Ort:
„Allee“ Bistro und Saal / AWO Gesundheitshaus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 3411 Kassel

Anreise mit dem Zug:
Mit der Bahn bis ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe, dann mit der Straßenbahn Linie 1 / 2 / 3 / Richtung Innenstadt (Wilhelmshöher Allee abwärts) bis zur Station Weigelstraße.

Ankündigung der Jahrestagung "Medien - Macht - Demokratie"

26. - 28. Juni 2009, Fuldatal

Am 26. Juni, pünktlich zum Sommeranfang, treffen wir uns in Fuldatal bei Kassel zur Jahrestagung von Mehr Demokratie.

Im Gespräch waren zunächst viele spannende Themen: Demokratie und Jugend, Demokratie und Welt oder auch Demokratie und Geld. Entschieden haben wir uns im letzten Sommer für das Thema „Medien - Macht - Demokratie".

Die Rolle der Medien in unserer Demokratie wird kontrovers diskutiert. Während sich die einen weitgehend auf das Dogma der unabhängigen Berichterstattung verlassen, glauben andere der Presse kein Wort mehr. Die Rede ist von kommerzieller Steuerung des Journalismus und einer Verflechtung von Presse und Politik. Qualität und Glaubwürdigkeit der Medien scheinen angesichts dieser Vorwürfe in Gefahr.

Wer ein Interesse an der Demokratie hat, muss auch an einer funktionierenden Medienwelt interessiert sein. Denn Medien spielen in demokratischen Systemen eine besondere Rolle: Sie informieren die Öffentlichkeit, helfen bei der Meinungsbildung und tragen zur demokratischen Kontrolle von Gesetzgeber und Regierung bei. Was aber, wenn die Befürchtungen von Filz, Manipulierbarkeit und finanzieller Abhängigkeit der Medien zutreffen und sie ihrer Rolle somit nicht mehr gerecht werden können? Was bedeutet das insbesondere für die direkte Demokratie? Sind direktdemokratische Verfahren nicht besonders stark auf eine ausgewogene, sachliche und unabhängige Berichterstattung angewiesen? Wie kann die „vierte Gewalt" selbst wirksam kontrolliert werden, um Ausgewogenheit und Sachlichkeit zu gewährleisten? Und wie steht es um die Medienwelt in Brüssel?

Um all diese Fragen ausführlich zu diskutieren, haben wir Wissenschaftler und Journalisten eingeladen, die von ihren praktischen Erfahrungen berichten. Zahlreiche Workshops und ein bunter Abend stehen ebenfalls auf dem Programm.

Wir haben versucht, dem Wunsch der Teilnehmer nach mehr Freiraum und längeren Pausen Rechnung zu tragen. Für die Diskussion miteinander und das klären offener Fragen haben wir deshalb für den Sonntag großzügig Zeit eingeplant.

Diskutieren Sie mit und melden Sie sich auf dem beiliegenden Anmeldebogen (Flyer) an!

Die Tagung findet in Kooperation mit folgenden Stiftungen statt:

Stiftung Mitarbeit

Heinrich Böll Stiftung Hessen e.V.

Hans Böckler Stiftung

Die Gesamtkosten der Tagung belaufen sich auf ca. 20.000 Euro. Darin enthalten sind die Kosten für das Tagungshaus, Referenten- und Mitarbeiterhonorare sowie Reisekosten. Über die Zuwendungen von Stiftungen und die erwarteten Teilnehmerbeiträge sind 17.500 Euro bereits finanziert. Noch fehlen uns 2.500 Euro. Bitte helfen Sie uns, diese Lücke zu schließen.

Wir freuen uns über Spenden auf folgendes Konto: Mehr Demokratie - Kto. 885 81 05, BfS München - BLZ 700 205 00 (Verwendungszweck: Jahrestagung 2009)

Büroadressen

Hauptstadtbüro Berlin & Brandenburg
Greifswalder Str.4 - 10405 Berlin
tel. 030-420 823 70
fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1 - 70178 Stuttgart
tel. 0711-509 10 10
fax 0711-509 10 11
bawue@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Jägerwirtstr. 3 - 81373 München
tel. 089-821 17 74
fax 089-821 11 76
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Schildstr. 12-19 - 28203 Bremen
tel. 0421-79 46 370
fax 0421-79 46 371
tim.weber@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12 - 20148 Hamburg
tel. 040-317 691 00
fax 040-317 691 028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro NRW
Friedrich-Ebert-Ufer 52 - 51143 Köln
tel. 02203-59 28 59
fax 02203-59 28 62
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Margarete Gallhoff
Haus der Demokratie
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig
tel./fax 0341-30 65 140
sachsen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Heinz-Joachim Pethke
Am Röderberg 4 - 63477 Maintal
tel. 06181-941490
pethke@mehr-demokratie-hessen.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Günter Skupin
Klarastr. 25 - 55116 Mainz
tel. 0170-6248862
fax 06131-61 66 54
rlp@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Claudia Krauß
VI. Gartenreihe 31 - 66740 Saarlouis
tel. 06831-76 10 645
claudia.krauss@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Schleswig-Holstein
Ralf Sörensen
Osterstr. 2 - 25821 Bredstedt
tel. 04671-93 02 56
md-schleswig-holstein@gmx.de

Ansprechpartner Thüringen
Ralf-Uwe Beck
Prellerstr. 8 - 99817 Eisenach
tel. 03691-21 28 87
fax 03691-21 28 86
rubeck@t-online.de

Democracy International
Michael Efler, Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de

ANZEIGE

FÜR VOLKSENTSCHEIDE

www.fuervolksentscheide.de Tel. 08341 - 966 32 42
Geschäftsstelle: Alte Poststraße 119, 87600 Kaufbeuren

Ab sofort suchen wir:
- 299 Kandidat(inn)en FÜR VOLKSENTSCHEIDE
- Leute, die kreative Ideen entwickeln und umsetzen
- Menschen, die mit viel Eigeninitiative dafür werben
- Förderer u. Mitglieder, die die Finanzierung sichern

Werden Sie Teil der ersten bundesweiten Abstimmung und geben Sie Bürgerinnen und Bürgern so die Chance, in vielen Wahlkreisen mit ihrer Erststimme sichtbar FÜR VOLKSENTSCHEIDE eintreten zu können.

Hintergrund:
Zur Bundestagswahl 2009 suchen wir überparteiliche Kandidaten, die in jedem der 299 Wahlkreise allein für das Sachthema „bundesweite Volksentscheide" antreten. Um für diese Forderung auf dem Stimmzettel sichtbar für jeden zu werben, reichen bereits 200 Unterschriften. Mit unserer 10-jährigen Erfahrung in der Aufstellung unabhängiger Kandidaten unterstützen wir Sie dabei.

Volksentscheide ?
... wir sagen ja

Neugierig geworden? Informieren Sie sich!
Die Chance, bundesweite Volksentscheide voran zu bringen
www.fuervolksentscheide.de Tel. 08341 - 966 32 42

Service

Internet
www.mehr-demokratie.de
www.volksabstimmung.org
webmaster@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Joe Högl, Büro München
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Anne Dänner, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Öffentlichkeitsarbeit, Zeitschrift für Direkte Demokratie
Lynn Gogolin, Büro Berlin
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Dr. Michael Efler, Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Webmaster
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de
Ronald Pabst (Redaktion)
pabst@european-referendum.org

Vorträge & Repräsentation
Gerald Häfner, erreichbar über das Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über das Büro Hamburg

Finanzierung
Tim Weber, Büro Bremen
tim.weber@mehr-demokratie.de

Geschäftsführung & Kuratorium
Roman Huber, Büro München
roman.huber@mehr-demokratie.de

Kampagne Koordinationskreis
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft/Dokumentation
Frank Rehmet
Alsterdorfer Str.4 22299 Hamburg
tel. 040-600 82 904
fax 040-600 82 905
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa/Welt
Ronald Pabst, Büro NRW
pabst@democracy-international.org

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Wenisch, Büro München
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach
tel. 0421-79 46 370
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Justiz
Norbert Schlepp
tel. 0571-79 89 68 60
fax 0571-97 19 05 60
norbert.schlepp@mehr-demokratie.de

Archiv bis 1995
Grünes Gedächtnis
Eldenaer Str. 35 - 10247 Berlin
tel. 030-285 34 260
archiv@boell.de

Beratung von Bürgerbegehren
Für Beratungen wenden Sie sich bitte an das nächste Mehr Demokratie-Büro oder direkt an:

Mehr Demokratie, Büro München
Susanne Wenisch
tel. 089-82 11 774
fax 089-82 11 176
beratung@mehr-demokratie.de

Soweit nicht anders angegeben, gelten hier die Anschriften der genannten Büros.

Werben Sie ein Mitglied!

Mehr Demokratie
ist der Motor
für Volksabstimmungen und ein besseres Wahlrecht,
jede Stimme zählt gleich
und jeder Mensch hat das Recht sich zu beteiligen.

Dafür setzen wir uns ein.

☐ Ich werde Mitglied.
Ich zahle folgenden Jahresbeitrag:
– Einzelmitgliedschaft, mind. 60€ €
– Partnermitgliedschaft, mind. 75€ €
– Ermäßigter Beitrag, mind. 30€ €

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl Ort

Telefon

E-Mail | Geburtsdatum

Partner

☐ Weil es Verwaltungskosten spart, erteile ich Mehr Demokratie e.V. eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Meine Bankverbindung ist:

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Der Einzug erfolgt:

☐ ¼ jährlich ☐ ½ jährlich ☐ jährlich

☐ Ich zahle per Rechnung.

Datum, Unterschrift

5044 Menschen
fördern bereits unsere Arbeit.

Für unsere Kampagne zur Einführung des bundesweiten Volksentscheids brauchen wir noch viele Unterstützer und Förderer.

Helfen Sie uns und werben Sie ein Mitglied, denn jedes neue Mitglied ist ein Botschafter der direkten Demokratie!

Nebenstehende Karte bitte ausschneiden und ausgefüllt an uns schicken:

Mehr Demokratie e.V.
Mitgliederservice
Jägerwirtstraße 3
81373 München
Fax: (089) 821 11 76

Im Internet Mitglied werden:
www.mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie !